



Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache XIX/1964

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

B E R I C H T S J A H R 2 0 1 3

(34. Fortschreibung)



VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2013 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 34. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Arne Dornquast

Bezirksamtsleiter



INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
0. Bergedorfer Museumslandschaft	5
1. Dezernat Steuerung und Service	
1.1 Interner Service	8
Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,	8
Gebäudemanagement,	9
Katastrophenschutz,	9
Lichtwarkausschuss	10
1.2 Personalservice	11
1.3 Ressourcensteuerung	
Haushalt	13
Organisation und IT-Angelegenheiten	15
1.4 Rechtsamt	15
2. Dezernat Bürgerservice	
2.1 Fachamt Einwohnerwesen	18
2.2 Fachamt Personenstandswesen	20
3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit	
3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	23
3.2 Fachamt Sozialraummanagement	28
Integrierte Stadtteilentwicklung	29
Steuerung und Förderung	31
Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie	31
Kommunale Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit	32
Sportangelegenheiten	33
Jugendhilfe- und Sozialplanung	33
Integration von Zuwanderern	34
Arbeitsmarktkoordination, Jugendberufsagentur	35
Bezirkliches Bildungsmanagement	36
3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe	37
Übergreifende Planung und Steuerung	37
Koordinatorin für Kinderschutz	38
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe	39
Projekte	39
Pflegekinderdienst	41
Amtsvormundschaften / Beistandschaften	41
Kindertagesbetreuung	42
Unterhaltsvorschuss	42



3.4	Fachamt Gesundheit	43
	Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)	44
	Amtsärztliche Gutachten	44
	Sozialpsychiatrischer Dienst	45
	Beratungsstelle für Körperbehinderte	45
	Jugendpsychiatrischer Dienst	45
	Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	46
	Gesundheitsschutz	50
4.	Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt	
4.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	53
	Übergeordnete Planung	54
	Bebauungsplanung	55
	Landschaftsplanung	57
4.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	58
4.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	64
	Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung	65
	Gewerbe- und Ordnungsrecht	65
	Lebensmittelüberwachung und Marktwesen	68
	Veterinärwesen	70
	Technischer Umweltschutz	72
4.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt	73
	Wirtschaftsförderung	74
	Bauprüfung	76
	Service und Verwaltung	78
	Umwelt	80



0. Bergedorfer Museumslandschaft

Leitung: Dr. Schanett Riller, Tel. 42891 2508

	2013		
Beschäftigungsvolumen	9,23		

Organisation und Aufgaben

Zum 1. Januar 2013 wurden das Freilichtmuseum Rieck Haus und das Museum für Bergedorf und die Vierlande aus der Stiftung Historische Museen Hamburg in das Bezirksamt Bergedorf überführt. Gemeinsam mit der Sternwarte bilden diese Museumshäuser den Kernbestand der damit neu geschaffenen Bergedorfer Museumslandschaft. Ihre Leitung obliegt seit dem 1. Juni 2013 Dr. Schanett Riller.

Die Museumslandschaft ist als Kulturabteilung Stabsstelle bei der Bezirksamtsleitung. Bezirksamtsleiter Arne Dornquast, Dr. Schanett Riller und Prof. Dr. Torkild Hinrichsen als gewähltes Mitglied des Museumsbeirats bilden gemeinsam und gleichberechtigt den Museumsvorstand. Nach Empfehlungen des Museumsbeirats entscheidet dieser Vorstand über grundsätzliche Fragen von Ausstellungen und Veranstaltungen der Museumslandschaft.

Mitglieder des Museumsbeirats sind für die Bezirksversammlung Christoph Mallok, für den Bergedorfer Bürgerverein e.V. Christa Timmermann, für den Freundeskreis Rieck Haus e.V. Heinz-Werner Hars, für den Verein der Freunde des Museums für Bergedorf und die Vierlande e.V. Harm Reese. Als gewählte Mitglieder kommen Dr. Geerd Dahms, Norbert Deiters, Birgit Freitag, Prof. Dr. Torkild Hinrichsen und Anja Paehlke hinzu. Den Vorsitz des Beirats führt Norbert Deiters. Die Geschäftsführung liegt beim Bezirksamt.

Nach Beschluss von Museumsbeirat und Vorstand hat die Museumslandschaft seit November 2013 ein Leitbild, wonach sie mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen das Verständnis der historischen und gegenwärtigen Entwicklung von Stadt und Land im Bezirk Bergedorf fördert. Sie bietet den Menschen der Region mit ihren Programmen die Möglichkeit einer kulturellen Identifikation mit dem eigenen Wohnort und unterstützt den kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Besonderen Wert legt die Museumslandschaft auf die Partizipation der Bevölkerung und Besucher und bietet dafür verschiedene Foren der ehrenamtlichen Mitarbeit, bindet gesellschaftliche Gruppen ein und arbeitet auf allen Ebenen besucherorientiert.

In der Sternwarte wird ein Besucherzentrum mit der Möglichkeit der Teilnahme an astronomischen und historischen Führungen betrieben. Die Leiterin der Museumslandschaft fungiert für das Bezirksamt gegenüber der Betreiberin des Besucherzentrums als Vertragspartner und leitet den sog. „Runden Tisch Sternwarte“, der die Interessen der beteiligten Gruppen mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit und die Öffnung der Sternwarte für den Besucherbetrieb zusammenführt. Dieser tagte 2013 viermal.

Ausstellungen

Im Jahr 2013 hat die Bergedorfer Museumslandschaft neben den Dauerausstellungen im Rieck Haus und im Bergedorfer Schloss drei Sonderausstellungen gezeigt. Alle drei Sonderausstellungen liefen im Museum für Bergedorf und die Vierlande im Bergedorfer Schloss:



Luftbilder zeigen Stadtentwicklung.

Laufzeit: 29. Juni – 1. Oktober 2013, kuratiert von Gerd Hoffmann

Gleichschaltung. Zustimmung. Widerstand. Bergedorfer Jugend im Nationalsozialismus.

Laufzeit: 9. November 2013 – 30. Juli 2014, kuratiert von der Museumslandschaft

Mitmach-Adventskalender

Laufzeit: 1. – 24. Dezember 2013, kuratiert von der Museumslandschaft

Ausstellungsbesuche 2013	12.918
Bergedorfer Schloss	8.873
Rieck Haus	4.045
Sternwarte	Keine Sonderausstellung

Von den 8.873 Besuchen des Bergedorfer Schlosses sind 3.005 über Buchungen des Museumsdienstes gekommen. Das Rieck Haus war zur Zeit der Stiftung Historische Museen und auch 2013 noch nicht beim Museumsdienst verzeichnet, ebenso wenig die Sternwarte.

Veranstaltungen

In allen ihren drei Häusern hat die Bergedorfer Museumslandschaft 2013 eine Vielzahl Veranstaltungen durchgeführt. Dies erfolgte zum Teil in Eigenregie, zum Teil in Kooperation mit Partnern wie insbesondere den Freundeskreisen der Museen sowie im Bereich der Sternwarte über das dortige Besucherzentrum unter der Leitung von Andrea Klerman.

Im Bergedorfer Schloss lag der Schwerpunkt der Veranstaltungen auf Musik und Literatur, sowie auf politischen Informationsveranstaltungen. Zum 8. Mal wurden durch Erika Deiters die Märchentage durchgeführt. Zur Ausstellung „Gleichschaltung. Zustimmung. Widerstand“ gab es außerdem ein eigenes Begleitprogramm mit Vorträgen und Kinoabenden.

Im Rieck Haus fand zum 15. Mal das Erdbeerfest unter Regie des Freundeskreises Rieck Haus e.V. statt. Daneben hat der Freundeskreis in Kooperation mit weiteren Vereinen wie dem TOCH e.V. Veranstaltungen mit Bezug zu ländlichen und landwirtschaftlichen Themen durchgeführt.

Die Sternwarte hat 2013 309 offene und individuelle Führungen angeboten und verzeichnet pro Wochenende etwa 230 Besucher des Sternwartengeländes.

Alle drei Häuser der Museumslandschaft haben 2013 an der Langen Nacht der Museen teilgenommen.

Besuchszahlen öffentlicher Veranstaltungen 2013	25.591
Bergedorfer Schloss	2.212
Rieck Haus	4.638
Sternwarte	18.741

Museumspädagogik

Neben den unter den Ausstellungsbesuchen unter Punkt 2 erfassten Angeboten des Museumsdienstes hat das Museum für Bergedorf und die Vierlande auch 2013 spezielle Kinderprogramme angeboten. Im Rahmen des Museumsdienstes wurden das traditionelle Sommerferienprogramm und sogenannte Kindergeburtstage angeboten. Als Eigenangebote fanden daneben die „Sonntagskinder“ (museumspädagogisches Kinderprogramm) statt. Im



Rahmen einer Kooperation mit dem BID-Sachsentor und Bergedorf Süd gab es zusätzlich ein Kinder-Herbstprogramm mit den Themen Burgenbauen, Holzwerkstatt und Archäologie.

Seit August 2013 besteht daneben eine Kooperation zwischen Museum für Bergedorf und die Vierlande und der Katholischen Schule Chrysantherstraße im Rahmen der schulischen Ganztagsbetreuung. Eine Gruppe Vorschulkinder und eine Gruppe Erstklässler kommen wöchentlich ins Museum und lernen Heimat- und Naturkunde.

Im Rieck Haus hat im Sommer über den Freundeskreis Rieck Haus ein Backtag für Kinder stattgefunden, zu dem der historische Ofen im Backhaus angeworfen und verschiedene historische Mahl- und Dreschtechniken vorgeführt wurden.

In der Sternwarte haben an 18 Terminen Kinder ihre Geburtstage gefeiert. Diese Geburtstage wurden ohne den Museumsdienst organisiert.

Besuche Kinderprogramme 2013	1.242
Bergedorfer Schloss	985
Rieck Haus	41
Sternwarte	216

Ergänzend ist zu erwähnen, dass unabhängig vom Besucherzentrum auf der Sternwarte einerseits die dort ansässige Montessori-Schule erfolgreich pädagogisch arbeitet und andererseits das Projekt AstronomieWerkstatt jährlich zahlreichen Schulklassen diesen besonderen Ort nahe bringt. Diese Besucher sind aufgrund der anderen Trägerschaft in der Statistik der Museumslandschaft nicht aufgeführt, wenngleich in hohem Maße willkommen.

Gesamtbesucher

Insgesamt wurden im Jahr 2013 über 46.000 Besuche in allen Angeboten der Bergedorfer Museumslandschaft gezählt.

Gesamtbesuche der Museumslandschaft 2013	46.210
Ausstellungen	12.918
Öffentliche Veranstaltungen	25.591
Kinderprogramme	1.242
Private Raumnutzungen	6.459

1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	47,70	50,18	48,91
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	11.296	10.265	*
Ausgaben	11.296	10.265	
übertragbarer Rest			
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse		

* Zahlen liegen aufgrund eines Personalwechsels nicht vor



1.1. Interner Service

Leitung: Dr. Andreas Aholt, Tel. 42891-2100

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	19,33	21,29	20,76

Aufgaben und Entwicklung in 2013

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2011	2012	2013
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	15	15	15
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	113	131	131
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	449	567	621
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	108	156	316
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	821.084	785.321	668.529
Eingaben an die Bezirksversammlung	28	30	21
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	71	69	53

Schwerpunkthemen der Hauptausschuss-Eingaben sind nach wie vor Verkehrsangelegenheiten. Die Eingaben an die Bezirksamtsleitung betreffen hauptsächlich Bau- und Verkehrsangelegenheiten.

Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit waren 2013 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Roll-Out von ALLRIS / Ablösung open plenum
- Überarbeitung der bezirklichen Unterseiten im Rahmen des Relaunch von www.hamburg.de
- Bundestagswahl
- Neuwahl der Seniorenvertretung
- Schöffen-Wahl

Neben diesen besonderen Herausforderungen ist das Fachamt auch zunehmend und strukturell mit administrativen Aufgaben befasst, die sich aus der Umsetzung des Hamburgischen Transparenzgesetzes und der schrittweisen Einführung der elektronischen Aktenführung mittels der Software ELDORADO ergeben.

Ehrungen

	2011	2012	2013
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	3	15	11
90., 100. und jeder weitere Geburtstag über 100	280	246	279



Zu den 90. Geburtstagen und den Geburtstagen über 100 verschickt die Senatskanzlei Glückwunschkarten.

Die Ehrungen zu den 100. Geburtstagen werden vom Bezirksamt persönlich vorgenommen. Auf Wunsch übermittelt das Bezirksamt Gratulationen bei Ehejubiläen.

Gebäudemanagement

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude	18	18	18
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude	1.140.249	1.053.525	1.018.927
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m ² -davon angemietet in m ²	19.424 15.128	20.108 15.801	19.780 15.484
Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m ²	4,89	4,36*)	4,29*)
Durchschnittliche Mietkosten je m ²	11,17	10,94	10,99

*) Ist gegenüber 2011 gesunken, weil noch Alt-Objekte angemietet waren.

- Beginn der Maßnahme „Dachsanierung Kulturheim Mittlerer Landweg“
- Renovierungsarbeiten im Dienstgebäude Wentorfer Str. 42
- Sanierung der Außenmauer des Jugendclubs Dolle Deern
- Grundinstandsetzung des Bootshauses „Am hohen Stege“
- Sanierung des Musikraumes im HdJ Heckkaten
- Mitwirkung im Projekt „Konzentration des Einkaufs“

Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Am 01. November wurde die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. Unter Beteiligung der Technischen Einsatzleitung 20/06 (TEL/DV 20/06), Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr, des THW und der Bundeswehr, sowie einer Kernbesetzung des RKD wurde das Zusammenspiel aller an der Deichverteidigung beteiligten Einrichtungen erprobt. Es wurden neben der praktischen Arbeit an angenommenen Schadenstellen auch die zeitnahe Zusammenführung von Personal und Material sowie der Austausch von Meldungen geübt.

Das Übungsziel wurde in vollem Umfang erreicht.

Am 05.12. und am 06.12. gab es einen Sturmfluteinsatz.

Als wesentliche Maßnahme erfolgte im Jahr 2013 wiederum neben der Schulung der Mitarbeiter und der Einarbeitung in relevante Software die Mitarbeit in mehreren Arbeitsgruppen, deren Schwerpunkte zum einen die Erarbeitung eines modernen Ausbildungskonzeptes für Stabsmitglieder und zum anderen einer bezirksübergreifend einheitlichen Stabsstruktur waren.



Katastrophenschutz	2011	2012	2013
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	1
Anzahl der Schulungen	8	8	9
Anzahl der Einsätze	0	1	2

Bei 9 Schulungsterminen wurden insgesamt 23 Mitarbeiter des RKD fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen, sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht.

Lichtwark-Ausschuss

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, den Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“ sowie den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park":

Spielzeit	10/11	11/12	12/13
Anzahl der Veranstaltungen	45	44	44
Anzahl der Abonnenten	882	858	867
Anzahl der "freien" Besucher	14.913	13.456	14.133
Auslastung der Veranstaltungen	74,2	73,8	75,1

Der Theaterbetrieb hat sich in der abgelaufenen Saison gerade mit Blick auf die Anzahl der Veranstaltungen auf einem hohen Niveau stabilisiert. Fanden in der Saison 08/09 lediglich 38 und in der Saison 09/10 lediglich 37 Veranstaltungen statt, so sind in den letzten drei zurückliegenden Saisons jeweils 45 bzw. 44 Veranstaltungen zu verzeichnen, was nur durch den hohen Zuspruch möglich ist, den das Theater mit einer Auslastung von drei Vierteln seiner Kapazität genießt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung also nach wie vor und trotz des attraktiven Wettbewerbsumfelds gut angenommen. Dies lässt sich auch daran festmachen, dass sich das Publikum sowohl aus jungen als auch aus älteren Gästen zusammensetzt.

50. Jugendmusikantenwettbewerb

Fast 200 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten im Jubiläumsjahr an 2 Wochenenden um gute Plätze und nahmen dafür z. T. wieder Anreisen aus dem gesamten norddeutschen Raum in Kauf. Höhepunkt war das abschließende und gut besuchte Jubiläums-Preisträgerkonzert am 2. Juni, bei welchem u. a. der Mitbegründer des Wettbewerbs Prof. Herbert Rühl ein Grußwort an die Kinder und Jugendlichen richtete. Die Oscar und Vera-Ritter-Stiftung ermöglichte durch ihre großzügige Spende erneut die Vergabe von Preisen in Form von Musikalien-Gutscheinen.

34. Jugend-Theatertage

5 Theatergruppen zeigten Aufführungen und wurden von einer differenziert abwägenden Jury bewertet, die jeder Gruppe ein sehr persönliches und individuelles Feedback gab. Der neu gegründete Zusammenschluss Freunde des Theaters Haus im Park leistete eine großzügige Spende zur Finanzierung der Preisgelder des Wettbewerbs. Die Veranstaltungen wurden gut besucht.



1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde, Tel.: 42891.2087

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	6,14	6,19	6,36

Aufgaben und Entwicklung in 2013

Die Aufgabe des Fachamtes Personalservice (PS) besteht im Wesentlichen darin, die Arbeitgeberinteressen zu vertreten und darüber hinaus die Behördenleitung und die übrigen Fachämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen personellen Fragen zu beraten.

Im Jahr 2013 gab es neben den Routineaufgaben folgende besondere Arbeitsschwerpunkte:

Zum 01.01.2013 wurden alle Beschäftigten des Museums für Bergedorf und die Vierlande und des Rieck Hauses von der Stiftung Historische Museen Hamburg in das Bezirksamt Bergedorf übernommen. Die Arbeitsverträge der Beschäftigten wurden mit entsprechenden Überleitungsregelungen zur Besitzstandswahrung vom dort geltenden Tarifvertrag TV-AVH in den für das Bezirksamt geltenden TV-L übergeleitet.

Die endgültige Integration der Asklepios-Rückkehrer wurde abgeschlossen. Alle bisher lediglich zum Bezirksamt abgeordneten Asklepios-Rückkehrer wurden dauerhaft ins Bezirksamt versetzt. Aufgrund einer Musterentscheidung des LAG/ BAG waren die Entgeltzahlungen an alle bereits im Laufe des Jahres 2012 zum BA Bergedorf versetzten Asklepios-Rückkehrer ab dem Zeitpunkt der Rückkehr zur FHH (2006) manuell neu zu berechnen inkl. einer Verzinsung. Diese Nachzahlungen konnten bis einschl. August 2013 abgeschlossen werden.

Ebenfalls aufgrund eines BAG Urteils waren für alle Tarifbeschäftigten des Bezirksamtes die Anspruchsvoraussetzungen für die Zahlung von Strukturausgleichen erneut zu prüfen.

Die angekündigte Evaluierung des Beurteilungswesens wurde vom Personalamt durchgeführt. Die sich daraus zum 01.05.2013 ergebenden Änderungen wurden zeitgerecht umgesetzt.

Für die Bundestagswahl und den Volksentscheid wurden kurzfristig befristet mehrere Personen eingestellt und nach Beendigung der Tätigkeit entsprechende Zeugnisse gefertigt.

Darüber hinaus waren viele Anfragen des Projektes Bezirksverwaltung 2020 zu bewegen und zu beantworten. Insbesondere die Auflösung des BOD im Bezirk und die Schaffung eines Abschnitts für Ordnungswidrigkeiten sowie die damit verbundenen personellen Veränderungen wurden von PS vorbereitet und begleitet.

Zum Ende des Jahres hat der Personalservice einen Leitfaden zur Wiedereingliederung langzeiterkrankter Mitarbeiter entwickelt und die ersten Wiedereingliederungsgespräche federführend vorbereitet und begleitet. In 2014 ist geplant hierüber eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat abzuschließen. Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurden wieder monatliche Gesundheitstipps veröffentlicht. Erfreulicherweise ist die Krankenquote im Bezirksamt von 8,5 auf 7,6 % gesunken.

Neben der Betreuung spezieller Beschäftigtengruppen waren auch Themen für alle Beschäftigten im Fokus. So wurden die Tarifverhandlungen inkl. Streik begleitet und das Ergebnis im Anschluss an die Verhandlungen umgesetzt.



Obwohl die Fluktuation der Beschäftigten im Bezirksamt Bergedorf verglichen mit anderen Bezirksamtern und Behörden immer noch eher gering ist, wurden in 2013 unter der Federführung des Personalservice 35 (Vorjahr 30) Stellenauswahlverfahren durchgeführt.

In 2013 wurden die vom Senat und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften beschlossenen verbindlichen Regelungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) im Bezirksamt umgesetzt.

Im Rahmen der Ausbildung hat sich das Bezirksamt für den Garten- und Landschaftsbau 2013 erfolgreich um insgesamt 7 Auszubildende gekümmert. Für das Hamburger Hauptschulmodell wurden Beratungsgespräche mit sieben Hauptschulabsolventinnen und –absolventen geführt. Hier geht es darum, die Berufsmotivation der Absolventen zu erkunden und sie für die Bewerbungssituation zu coachen. Zusätzlich hat sich das Bezirksamt Bergedorf mit einem Ausbildungsstand an der Berufsorientierungsmesse der G 19 beteiligt. Die Ausbildungszahlen für die Nachwuchskräfte (NWK) im Fachbereich Allgemeine Dienste sind weiter gesunken. 2013 wurden im gesamten Bezirksamt insgesamt für 9 NWK in der Laufbahngruppe 1 (ehem. mittlerer Dienst) und für 8 NWK für das Eingangsamts der Laufbahngruppe 2 (ehem. gehobener Dienst) Ausbildungsplätze bereitgestellt. Die übergreifende Betreuung für alle NWK erfolgt durch den Personalservice, die praktische Ausbildung vor Ort in den einzelnen Fachdienststellen des Bezirksamtes. Auch im Personalservice selbst wurden wieder drei Nachwuchskräfte praktisch ausgebildet. Im Rahmen von Praktika wurde zwölf Schülerinnen und Schülern ein Betriebspraktikum im Bezirksamt ermöglicht (eins davon ebenfalls direkt im Personalservice), sechs Studentinnen und Studenten absolvierten hier das für ihr Studium vorgesehene Pflichtpraktikum (eins davon im Personalservice) und im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit hat ein Praktikum stattgefunden. In 2013 hat es Treffen mit allen Ausbilderinnen und Ausbilder einschließlich der Bezirksamtsleitung gegeben, um über die Neuerungen in der Ausbildung zu informieren und um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Die Anforderungen an die Abschlussprüfungen der Auszubildenden zu Verwaltungsfachangestellten sind z.B. weiter gestiegen.

Im Rahmen der Fortbildung hat das Bezirksamt Bergedorf in Zusammenarbeit mit der BSU, N/ITB und Dataport als Federführer ein neues Schulungskonzept für BACom-Schulungen für das WBZ entwickelt und auf den Weg gebracht.

Im Zuge der Umstellung aller PCs des Bezirksamtes auf Office 2010 wurden schließlich vier Informationsveranstaltungen für die Beschäftigten durchgeführt.



Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	0,9	1,3	1,1
Ø Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	69,2	73,5	70,8
Ø Krankenquote in %	8,5	8,5	7,6
Quote (in %) der Schwerbehinderten	8,27	9,44	1

Das Bezirksamt beschäftigte		2011	2012	2013
Beamte		171	144	141
davon (in %)	weiblich	63	63	63
	männlich	37	37	37
	teilzeitbeschäftigt	26	26	26
	beurlaubt o.ä.	2	3	4
Tarifbeschäftigte		387	371	387*
davon (in %)	weiblich	57	56	59
	männlich	43	44	41
	teilzeitbeschäftigt	32	32	32
	weiblich	82	79	84
	männlich	18	21	16
	beurlaubt o. ä.	3	3	3
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		1	1	5
Auszubildende (gewerblich)		18	8	6
Beschäftigte insgesamt		577	527 ²	539
Honorarkräfte		200	236	196

*Veränderung durch Übernahme Museum: + 11 Mitarbeiter

*Veränderung durch Übernahme Asklepios: + 9 Mitarbeiter

1.3 Ressourcensteuerung

Haushalt

Leitung: bis 30.11.2013 Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	10,05	9,65	9,56

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Das Museum für Bergedorf und die Vierlande im Bergedorfer Schloss und das Rieck-Haus wurden zum 1. Januar 2013 in die Verantwortung des Bezirksamtes Bergedorf überführt. Für diesen Zweck wurde ein Betriebskonto „Museen Bergedorf“ eingerichtet, um die Zahlungsströme abzuwickeln. Damit verbunden waren u.a.

¹ Die Quote wird zentral vom Personalamt errechnet und liegt erst im Mai vor

² Erstmals ohne 59 Mitarbeiter (26 Beamte, 33 Tarifbeschäftigte) von team.arbeit.hamburg



- die Beratung und Unterstützung der neuen mittelbewirtschaftenden Dienststellen,
- die Einrichtung von Geldannahmestellen und Handvorschüssen sowie eine Regelung der Abrechnungen und Ablieferungen von Bareinnahmen einschl. Erteilung von Zugriffsberechtigungen und kassenrechtlichen Befugnissen und
- die Beschaffung von Becker-Billets für die Vereinnahmung der Eintrittsgelder des Rieck-Hauses.

Im Rahmen der Eckwerteplanung für den Haushalt 2015-2016 wurde eine Absicherung des Betriebskontos Museen Bergedorf angemeldet und inzwischen vom Senat beschlossen. Über den Abschluss eines Mietvertrages für das Bergedorfer Schloss und darüber hinaus den Ausgleich von unabweisbaren Mehrbedarfen haben erste Gespräche mit den beteiligten Behörden stattgefunden, die 2014 fortgeführt werden sollen.

Um das Erbringen der Globalen Minderausgabe (GMA) im Sachhaushalt 2013 zu gewährleisten, waren das Aufstellen und Überwachen von Bewirtschaftungsregelungen zur Bildung von Rücklagen erforderlich. Im Ergebnis konnte die GMA zu einem überwiegenden Teil aus dem Sachmittelhaushalt erbracht werden.

Als Grundlage für die Einführung des Strategischen Neuen Haushaltswesens (SNH) mit Wirkung ab 1. Januar 2015 wurden die Haushaltsstrukturen und deren Verrechnungsbeziehungen aufgestellt, die die Grundlage für die Veranschlagung der Mittel für den Haushalt 2015/16 bilden. Dazu waren umfangreiche über- und innerbezirkliche Abstimmungen notwendig. Der Prozess reicht aufgrund seiner Komplexität mit vielen Nebenprozessen bis weit in das Folgejahr und hat eine erhebliche haushälterische Bandbreite. Die Erarbeitung von Ergebnissen wurde durch in den SNH-Fachkonzepten nicht hinreichend vorgesehene bezirkliche Besonderheiten erschwert.

Die Vorbereitungen des Projektes HERAKLES zu der für den 1. Januar 2015 vorgesehenen Übernahme der Buchhaltung durch den Hamburger Dienstleister Buchhaltung (HDB) wurden im Anwenderarbeitskreis und in konkreten bezirklichen Workshops weiter intensiviert. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die 2014 folgende Konkretisierung aller Prozesse.

Gesamtumsatz in TEUR	2011	2012	2013*
Einnahmen	9.400	10.013	9.489
Ausgaben	83.517	74.234	81.278
Bauinvestitionen/Beschaffungen	11.771	11.577	10.431
<i>davon Rahmenzuweisungen</i>	2.935	3.226	2.500
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	972	4.404	543
<i>Fachbehördentitel</i>	4.092	3.539	3.774
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	71.746	62.657	52.819
<i>davon Personalausgaben</i>	26.161	28.394	29.203
<i>Rahmenzuweisungen</i>	7.998	7.982	8.421
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	27.540	18.330	25.923
<i>Fachbehördentitel</i>	1.934	2.069	5.525
Barumsätze in TEUR			
Einnahmen	3.289	2.980	3029
Ausgaben	3.291	2.974	2991

* vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss/13. Kassenlauf 2012



Organisation und IT-Angelegenheiten

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	7,68	7,83	7,77

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Auch im Jahr 2013 waren wiederum leitungsunterstützende Aufgaben aus Anlass der Senatsentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung zu erledigen bzw. die Auswirkungen neuer Senatsentscheidungen zu begleiten und auszuwerten.

Der Aufbau der überbezirklichen Verfahrensbetreuungen für alle Verfahrensmodule des Verfahrens „BACom“ (Bezirksangelegenheiten mit Computerunterstützung) im Bezirksamt Bergedorf konnte abgeschlossen werden.

Die Zahl der parlamentarischen Anfragen lag auch 2013 in Fortsetzung des Niveaus aus 2012 spürbar höher als in zurück liegenden Referenzzeiträumen. Zu den Antwortbeiträgen waren damit weiterhin vermehrt Auskünfte zu Ressourcenausstattungen des Bezirksamtes zu liefern.

Die erfolgreiche NGN-Einführung (Internettelefonie =Next Generation Network) durch Dataport im Bezirksamt Bergedorf (ohne Standort Dienstleistungszentrum am Bahnhof) wurde geplant und begleitet.

Zu dem erfolgte die Auftragssteuerung des Windows -7- Rollouts im Bezirksamt Bergedorf.

1.4 Rechtsamt

Leitung: Peter Moller, Tel. 42891-2031

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen (einschl. Vorzimmer D3)	4,50	4,50	4,45

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Das Rechtsamt ist neben seiner Funktion als Widerspruchsbehörde zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, die Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie für die Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung und der Fachämter des Bezirksamtes. Der Rechtsamtsleiter ist gegenwärtig zugleich stellvertretender Bezirkswahl- und abstimmungsleiter.

Das Rechtsamt ist von Personalausfällen verschont geblieben. In den letzten anderthalb Monaten des Jahres stand zusätzlich eine Nachwuchskraft des höheren Dienstes als Unterstützung zur Verfügung. Dementsprechend konnten die Erledigungszahlen der Widerspruchsverfahren gehalten werden. Die Verfahrensdauern haben sich aber im Durchschnitt um ca. einen Monat erhöht. Es wird zu beobachten sein, ob dies eine echte Tendenz oder nur ein statistischer Effekt aufgrund der Erledigung einiger Altverfahren ist.

Die Zahl der Widersprüche ist im Rahmen normaler Schwankungen um etwa ein Zehntel zurückgegangen. Insbesondere sind im Sozial- und Jugendhilfebereich, der nach wie vor den Schwerpunkt bildet, ein Viertel weniger Widersprüche zu verzeichnen. Für eine Belebung der Baukonjunktur spricht die mehr als 50%ige Zunahme der Widersprüche in Bausachen, wobei es



kaum um bauaufsichtliche Anordnungen, sondern fast ausschließlich um Genehmigungen und Vorbescheide geht.

Die Fallzahlen sind im Einzelnen der untenstehenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen. Die verhältnismäßig hohe Quote von Abhilfen im Bereich des Baurechts ist wieder zurückgegangen. Es hat sich hier im vergangenen Jahr offenbar nur um einen zufälligen Ausschlag gehandelt. Besonders auffällig erscheint der Rückgang der Abhilfen im Ausländerrecht. Wenn man sich allerdings vor Augen führt, dass es dabei im letzten Jahr um vier und in diesem Jahr um zwei Fälle ging, wird deutlich, dass man diese Zahlen nicht überinterpretieren sollte.

Nach wie vor erfüllt das Widerspruchsverfahren seinen Zweck, Streitigkeiten zu befrieden, obwohl die Klagefreudigkeit weiter zugenommen hat. Inzwischen wird gut die Hälfte der Widerspruchsbescheide mit einer Klage angefochten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass rund 50% der Widerspruchsverfahren schon im Vorfeld ohne förmlichen Bescheid abgeschlossen wurden. Es gelangte also nur ca. ein Viertel aller verwaltungsrechtlichen Streitverfahren überhaupt zu den Gerichten. Bedauerlicherweise hat das Bezirksamt im vergangenen Jahr nur in knapp 70 % der Verfahren obsiegt. In sieben der neunzehn verlorenen Verfahren spielte allerdings dieselbe Rechtsfrage eine Rolle, die das Bundessozialgericht anders gesehen hat als die Hamburger Verwaltung. Es dürfte sich daher um einen einmaligen Ausreißer handeln.

Um ca. 20 % zurückgegangen sind die schriftlichen Stellungnahmen, die von den Fachämtern des Bezirksamtes angefordert und zeitnah beantwortet wurden.

Daneben hat das Rechtsamt 22 Bebauungsplanverfahren begleitet, wobei besonders die Mitwirkung an städtebaulichen Verträgen sowie die Rechtsprüfung vor der öffentlichen Auslegung und die abschließende rechtliche Prüfung aufwendig sind.

Im Jahr 2013 absolvierten elf Rechtsreferendare und ein Wirtschaftsreferendar ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für die Ausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken. Um seiner Verantwortung gegenüber den Nachwuchskräften gerecht zu werden, schöpft das Rechtsamt die personellen und räumlichen Kapazitäten regelmäßig aus und konnte im Rahmen dessen noch zwei Jura-Studenten während ihres Pflichtpraktikums betreuen.

Kennzahlen:

Widerspruchsverfahren³	2011	2012	2013
Zugang	288	356	315
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	245	230	249
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	31	56	39
Bestand am 31.12.	182	252	279
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	47	52	81
- erledigt	54	45	71
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,3 %	20 %	6 (8 %)
- Rest	30	37	47
- Tief- und Gartenbau-, Naturschutzange-			

³ Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



legenheiten			
- Zugang	12	14	13
- erledigt	20	12	12
- davon zugunsten d. Widersprechenden	35 %	8,33 %	3 (25 %)
- Rest	4	6	7
- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	164	192	144
- erledigt	131	143	128
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,16 %	23,8 %	21 (16 %)
- Rest	114	163	179
-Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang	19	16	12
- erledigt	18	21	11
- davon zugunsten d. Widersprechenden	5,5 %	19 %	1 (9 %)
- Rest	8	3	1
- Einwohneramtsangelegenheiten			
- Zugang	0	1	1
- erledigt	0	1	0
- davon zugunsten d. Widersprechenden		0	0
- Rest	0	0	1
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	20	32	12
- erledigt	19	29	18
- davon zugunsten d. Widersprechenden	5,2 %	0	3 (17 %)
- Rest	11	14	8
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	11	20	18
- erledigt	13	17	13
- davon zugunsten d. Widersprechenden	15,3 %	11,7 %	2 (15 %)
- Rest	9	12	17
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	10	16	21
- erledigt	13	12	19
- davon zugunsten d. Widersprechenden	46,1 %	33,3 %	2 (11 %)
- Rest	3	7	9
B-Plan-Verfahren	30	18	22

<u>Verfahren vor den Gerichten</u>	2011	2012	2013
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
Antragsverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	26	32	48
- abgeschlossen wurden	32	26	50
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	3	5	10
- Bestand	10	16	14
Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	79	79	82
- abgeschlossen wurden	74	90	70
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	10	10	25
- Bestand	141	130	144
<u>Rechtsservice</u>			
Zugang	320	346	274
Erledigung	366	349	276



Rest	57	54	52
<u>Verfahrensdauer in Tagen</u>			
Verfahren im Bezirksamt	145,5	148,2	154
- davon Widerspruchsverfahren	135,4	164,8	200
Gerichtsverfahren			
- Antragsverfahren	96,6	108,1	105
- Beschwerdeverfahren	90,9	358,8	50
- Klageverfahren	396,6	559,4	437
- Berufungsverfahren	1028,4	555,8	627

2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	29,99	29,75	29,7

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: Sabine von Issendorf, Tel. 42891 – 3461

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	20,87	21,75	22,6

Allgemeine Kennzahlen	2011 30.06.2011	2012 30.06.2012	2013 30.06.2013
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	121.372	121.831	120.242*
davon Ausländer	11.982	12.335	12.083*

*Daten des Mikrozensus für 2013 werden von der FHH beklagt.



Abteilung für Einwohnerdaten

Bergedorf - gesamt -	2011	2012	2013
Anzahl der erteilten Personaldokumente	20.738	21.671	16.843
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	16.336	16.313	14.399
Durchschnittliche Wartezeit in Minuten	28	46	27
Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit ⁴	59,21%	61,9 %	58,7

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Öffnung des Einwohnerdatenbereiches:

Wie bereits in den Vorjahren, ist es auch im Jahr 2013 gelungen den dauerhaften und regelmäßigen Dienstbetrieb zu gewährleisten.

Wartezeiten:

Die durchschnittliche Wartezeit im Jahresmittel betrug 27 Minuten.

Seit Jahresbeginn 2011 wird auch für den Fachbereich Einwohnerdaten die Terminvereinbarung für die Kunden empfohlen. Diese Empfehlung hat zur Optimierung des Serviceangebotes geführt.

Seit Oktober 2013 gibt es die Möglichkeit, Termine auch über das Internet zu buchen.

Die Möglichkeit der Terminvereinbarung wird zunehmend positiv genutzt. Die Quote der Terminkunden liegt im Verhältnis zu den Kunden, die zu den allgemeinen Öffnungszeiten ohne Termin kommen, bei zurzeit ca. 35 %.

Telefonische Erreichbarkeit:

Die telefonische Erreichbarkeit konnte erneut mit rd. 59 % stabil gehalten werden.

⁴ Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service



Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2011	2012	2013
Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	1425	1.401	1.439
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	3.693	3.774	3.405
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	51	53	63
Freizügigkeitsbescheinigungen	278	230	14 ⁵
durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit ⁶	78,47 %	75,9 %	80,4 %

Terminmanagement:

Aufgrund der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels im Jahr 2011 hat sich durch die gesetzlichen Vorgaben das Kundenaufkommen fast verdoppelt.

Trotz des erheblich höheren Kundenaufkommens ist es durch die Terminsteuerung gelungen, die hohe Servicequalität beizubehalten.

Das Terminangebot konnte mit einem Zeitfenster von durchschnittlich ca. 5 Arbeitstagen, auch in Zeiten besonders hoher Terminnachfrage stabil gehalten werden. Notfälle wurden - nach wie vor - sofort bearbeitet.

Telefonische Erreichbarkeit:

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten ist mit einer Quote von 80 % überragend.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Dirk Bakker, Tel. 42891-2500

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	9,12	8,00	8,3

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Seit dem 01.01.2013 werden Neubeurkundungen bundesweit nur noch elektronisch durchgeführt. Es werden dadurch notwendige Mitteilungen konsequenterweise auch, wo immer

⁵ Seit 29. 01. 2013 werden aufgrund gesetzlicher Änderungen Freizügigkeitsbescheinigungen nicht mehr ausgestellt.

⁶ Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service



möglich, elektronisch über XPersonenstand gemacht. Die Zahl der erreichbaren Empfänger steigt stetig an. Durch die veränderten Abläufe in der Beurkundung konnten und müssen Workflows angepasst werden.

Durch ein hohes Engagement aller MitarbeiterInnen konnte das Ziel „Deutlich mehr Eheschließungen als in 2012 durchzuführen“ sehr gut erreicht werden. Es konnten mehr Termine angeboten werden, als nachgefragt wurden. Die Verfügbarkeit der Eheschließungstermine muss sich allerdings offenbar zunächst „rumsprechen“.

Das Schloss als Eheschließungsort konnte überplanmäßig genutzt werden. Die Anzahl der an anderen Orten durchgeführten Eheschließungen hat erneut zugenommen.

Wartezeiten fallen im Standesamt nur noch im Ausnahmefall an, da wir konsequent mit unseren Kunden Termine vereinbaren. Die Kunden- aber auch die Mitarbeiterzufriedenheit ist auch dadurch deutlich gestiegen. Es können durch ein Terminmanagement mehr Fälle in gleicher Zeit abgearbeitet werden. Dies zeigt sich auch dadurch, dass die Zielzahlen durchweg übertroffen wurden, die Wartezeiten jedoch weiterhin nicht ins Gewicht fallen.

Die Evaluation des Personenstandsrechtes mit erheblichen Rechtsänderungen zum 01.11.2013 konnte zeitgerecht umgesetzt werden. Die damit verbundenen erheblichen Änderungen im Fachverfahrens AutiSta haben sich die Mitarbeiter ohne zeitnahe Schulung eigenverantwortlich erarbeitet und umgesetzt.

Die Bescheinigungen für „Sternenkinder“ sind durch die Standesämter problemlos als Aufgabe zusätzlich wahrgenommen worden.

Die durch Beschlüsse des EuGH notwendig gewordenen Rechtsänderungen im internationalen Privatrecht sind ebenfalls komplikationslos umgesetzt worden.

Seit Ende 2013 werden wieder Stammbücher verkauft, was durch die Kunden gut genutzt und als sehr positiv empfunden wird. Zusätzlich werden auch Babybücher verkauft, die ähnlich gut ankommen.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Geburtsbeurkundungen	686	697	715
Davon mit Ausländerbeteiligung	175	201	210
Sterbefallbeurkundungen	943	900	942
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	5	Geburt 4 Sterbe 3	Geburt 4 Sterbe 3
Anmeldungen der Eheschließung	616	602	681
Davon mit Ausländerbeteiligung	85	55	60
Eheschließungen	495	368	478
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	549	467	623



3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Angela Braasch-Eggert 42891-2028/2029

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	171,55	186,84	192,59
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport, Kultur und Schule, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

Einführung

Das Berichtsjahr wird in Erinnerung bleiben als dasjenige, in dem unerwartet eine große Flüchtlingswelle auf Hamburg zu rollte. Auch der Bezirk Bergedorf ließ sich in die Pflicht nehmen, die Voraussetzungen für zusätzliche Unterkünfte zu schaffen, nachdem dies als Gemeinschaftsaufgabe aller Bezirke akzeptiert war. Die anfänglich ambivalente Haltung gegenüber der Unterkunft Sandwisch schlug in eine beeindruckende Akzeptanz und Hilfsbereitschaft um, was von Anfang an für die Unterkunft am Curslackner Neuen Deich und die beiden neuen Erstaufnahmeeinrichtungen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge nach einer Anhörung von Nachbarn galt. 300 neue Zuwanderer und bis zu 40 alleinreisende Minderjährige waren von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des sozialen Dienstleistungszentrums und des Jugendamtes sowie weiteren Dienststellen zusätzlich ohne personelle Entlastung zu betreuen. Dies ist mit großer Anstrengung zeitgerecht gelungen, worauf wir alle stolz sind und wofür wir dankbar sein können.

Es ist weiter intensiv parallel an der Umsetzung neuer Instrumente in der Folge des Todes des Pflegekinds Chantal und der Umsteuerung der Hilfen zur Erziehung gearbeitet worden. In allen ASDen in Hamburg wird ein Qualitätsmanagement mit dem Ziel einer Zertifizierung eingeführt. Dies wird am Ende ggfs. zu einer Veränderung von Abläufen führen. Inzwischen konnte der Personalstand im ASD stabilisiert werden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein hohes Maß an Zufriedenheit in ihren jeweiligen Teams erreicht. Es gibt eine gute Motivation und viel Bereitschaft, neue Wege zu gehen und sozialräumliche Lösungen zur Unterstützung von Kindern und ihren Familien zu suchen. Trotz allem wird es aber nie eine 100 %ige Sicherheit geben können, wie ein neuerlicher furchtbarer Todesfall im Bezirk Mitte zum Ende des Jahres 2013 erschreckend deutlich gemacht hat.

Sehr hilfreich gerade auch für die Arbeit des Jugendamtes ist die erfolgreiche Tätigkeit der Regionalen Bildungskonferenzen (RBK). Mit der Zusammenarbeit auf dieser Ebene sind Vertrauen und gegenseitiger Respekt gewachsen, was die Entwicklung von Konzepten der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe und deren Umsetzung ermöglicht und erleichtert. Durch die Arbeit der RBK auf lokaler Ebene am Thema der Gestaltung von Übergängen von der Kita in die Schule ist außerdem deutlich geworden, wie wichtig es ist, gezielte Unterstützung nicht nur zusammen mit Schulen, sondern auch bereits mit Kitas zu organisieren. Hier gibt es jetzt erste Projekte.

In guter Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Gesundheitsamt ist ein Netzwerk Früher Hilfen aufgebaut worden, das finanziell auch aus Bundesmitteln unterstützt wird. Nachdem ab November 2013 noch die Babylotsen in den Entbindungskliniken ihre Arbeit aufgenommen haben, wird es möglich sein, Familien bereits unmittelbar nach der Entlassung aus der Klinik zu betreuen, wenn sich dies als notwendig erweist.

Im Dezember wurde in Bergedorf die letzte Hamburger Jugendberufsagentur eröffnet. Dadurch wird die Unterstützung für junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf



verbessert werden. Der Bezirk ist daran mit 2 Personen beteiligt, die aus dem Bestand beigesteuert werden mussten.

Bergedorf verfügt neben Lohbrügge-Ost und Bergedorf-Süd nun mit Neuallermöhe über ein drittes Gebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung. Es ist erstmals in Hamburg gelungen, ein Neubaugebiet aufzunehmen. Nach einer Analyse der Situation und Ermittlung der Wünsche und Ideen von Bewohnern kann jetzt mit der eigentlichen Umsetzungsarbeit begonnen werden. Es ist zu hoffen, dass angeregte Investitionen finanzierbar bleiben. Das gilt auch für das „Leuchtturmprojekt“ Neues Lichtwarkhaus im Gebiet Bergedorf-Süd. Es wird weiter an der Idee festgehalten und mit einer Projektorganisation die Detailarbeit in Angriff genommen.

Aus den nachfolgenden Berichten der Fachämter ergeben sich die Vielfalt des Aufgabenspektrums und der Umfang der geleisteten Arbeit. Darunter sind im Fachamt SR einige Aufgabenbereiche, die nicht zum Standardportfolio des Bezirksamtes gehören und mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf befristeten Stellen ausgeführt werden. Im Fokus der Arbeit des Dezernats stehen die Menschen im Bezirk mit ihrem Hilfebedarf und ihrer Hilfsbereitschaft, mit ihren Schwächen und Stärken, ihrem Engagement und ihrem Gestaltungswillen. Ein Teil der erbrachten Leistungen kann in Kennzahlen und Fakten dargestellt werden. Nicht vergessen werden darf aber, was darüber hinaus an Netzwerkarbeit, Kommunikation, Motivation, Anregung, Richtungsweisung, Zusammenarbeit und Stärkung zivilgesellschaftlicher Ansätze erforderlich ist, um das soziale Gemeinwesen weiter zu entwickeln. Hierfür gibt es im Bezirk Bergedorf besonders gute Voraussetzungen. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich, es gibt viele sehr qualifizierte Träger von Maßnahmen und Vereine, die sich um vielerlei Aktivitäten kümmern. Und es gibt im Dezernat viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auch deshalb enorm einsetzen, weil ihnen das Wohlergehen der Menschen ein persönliches Anliegen ist.

3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	52,48	53,61	53,93

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Allgemeines

„Bestnoten für Bergedorfs Beamte“, so der Artikel der Bergedorfer Zeitung Anfang Dezember 2013. Eine Kundenumfrage von Studenten der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) im Frühjahr 2013 ergab für die Beschäftigten aller Ämter des Dienstleistungszentrums ein sehr positives Feedback. Die Kunden sind mit dem Standort, den Räumlichkeiten, der Erreichbarkeit, den Wartezeiten und den Wartebereichen, dem Service und der Verständlichkeit der Beratung sehr zufrieden oder zufrieden.

Das Fachamt Grundsicherung und Soziales / Soziales Dienstleistungszentrum bietet vielfältige soziale Leistungen unter einem Dach: Hilfen zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit, Eingliederungshilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld, Wohnberechtigungsbescheinigungen, Unterhaltssicherung, Elterngeld, Betreuungsgeld, Hilfen zur Wohnungssicherung und bei Wohnungsverlust, Beratung und Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.



Verstärkte Zuwanderung, demographische Entwicklung, aber auch das neue Betreuungsgeld - eine neue Unterstützungsleistung für Eltern mit Kleinkindern - haben die Besucherzahlen gegenüber dem Vorjahr erneut steigen lassen: Mehr als 35.000 Menschen (im Vorjahr: 33.000) haben Beratungen und Leistungen im Sozialen Dienstleistungszentrum nachgefragt.

Im Dezember 2012 sind bereits 100 neue Unterkunftsplätze im Bezirk eingerichtet worden, im November und Dezember 2013 sind weitere 300 Plätze hinzugekommen. Damit ist die Gesamtzahl der Unterkunftsplätze in Bergedorf (für Erwachsene bzw. Familien) auf 1.505 gewachsen. Der Personenkreis der dort untergebrachten Personen setzt sich zusammen aus jeweils rund einem Drittel Asylbewerbern, Ausländern mit Duldung und Obdachlosen.

Bildung und Teilhabe (BuT)

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration hat im März 2013 einen Evaluationsbericht über die Inanspruchnahme der Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT-Leistungen) vorgelegt. Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit war erfolgreich, die Inanspruchnahme der BuT-Leistungen ist deutlich gestiegen. So ist beispielsweise die Quote der Inanspruchnahme bei der Mittagsverpflegung von 32,7 % im Jahr 2011 auf 47,9 % im Jahr 2012 gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine hundertprozentige Inanspruchnahme auch bei den anderen BuT-Leistungen nicht möglich ist. So haben zwar theoretisch alle leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren einen Anspruch, doch setzen viele Leistungen den Besuch einer Schule oder Kita voraus. Und es bieten auch noch nicht alle Schulen eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung an.

Die höchste Inanspruchnahme mit 93,1 % im Jahr 2012 (83,7 % im Jahr 2011) verzeichnet das Schulbedarfspaket als einzige unmittelbare finanzielle Leistung, die außerdem weitgehend antragsfrei und automatisch an die Leistungsberechtigten gezahlt wird. Im Ländervergleich schneidet Hamburg gut ab, eine Unterscheidung nach Bezirken ist nicht möglich. Für 2013 liegen noch keine Zahlen vor.

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Zusätzliche Unterkunftsplätze für Zuwanderer wirken sich unmittelbar auf die Fallzahlen aus. Allein von Oktober bis Dezember ist die Zahl der Empfänger von Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) von 878 auf 952 gestiegen. Darin nicht enthalten ist die Zahl der Empfänger von Analog-Leistungen. Das sind die Leistungsberechtigten, die bereits 48 Monate lang Grundleistungen bezogen und ihren Aufenthalt nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben. Auf diesen Personenkreis wird das SGB XII analog angewendet.

Seit dem 1.07.2012 werden Empfänger von Grundleistungen nach dem AsylbLG mit einer Versichertenkarte ausgestattet und gegen Kostenerstattung durch die Freie und Hansestadt Hamburg von der AOK Bremen/Bremerhaven versorgt. Die Umstellung auf die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) zum 1.01.2014 ist im 2. Halbjahr 2013 mit einem erheblichen Arbeitsaufwand vorbereitet worden. Alle von der AOK Bremen/Bremerhaven versorgten Leistungsempfänger waren abhängig von einer Altersgrenze zu prüfen und zu informieren. Lichtbilder waren anzufordern, auf Anforderung der AOK auf entsprechenden Formularen anzubringen, Rückläufe waren zu überwachen und anzumahnen und schließlich waren die neuen eGK rechtzeitig an die Hilfeempfänger auszuhändigen. Angesichts der betroffenen 649 Leistungsempfänger über 16 Jahre war dies die herausragende zusätzliche Herausforderung der zweiten Jahreshälfte.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Nach einem kontinuierlichen Anstieg der Empfänger von Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt) in den Jahren 2010, 2011 und 2012, blieb die Fallzahl 2013 konstant und unterscheidet sich nur unwesentlich vom Vorjahr. Anders jedoch die Fallzahlenentwicklung im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung. Die Zahl der Empfänger stieg im Jahresverlauf kontinuierlich um insgesamt 204 Fälle auf 1.984 im Dezember 2013.



Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft und Pflegestützpunkt

Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft und Pflegestützpunkt beraten in Fragen des Alters, bei der Suche nach der richtigen Wohnform oder Wohnraumhilfen, bei Fragen der hauswirtschaftlichen Versorgung und der ambulanten oder stationären Pflege und deren Finanzierung. Die Pflegefachkraft stellt darüber hinaus bei nicht pflegeversicherten Hilfeempfängern den Umfang des pflegerischen Bedarfs einschließlich der Pflegestufe fest und prüft die Voraussetzungen einer ggf. erforderlichen besonderen stationären Dementenbetreuung. Die Bezirkliche Seniorenberatung ist auch im vergangenen Jahr bei erforderlicher Krisenintervention und in Notfällen sofort aktiv geworden. Insgesamt haben Seniorenberatung und Pflegestützpunkt rund 1.500 Beratungsgespräche geführt. In knapp 350 Fällen wurden Hausbesuche vorgenommen. An der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne „Konfetti im Kopf“ war der Pflegestützpunkt maßgeblich beteiligt. In Zusammenarbeit mit dem Haus Brügge wurden Informationsveranstaltungen zu den Themen Unterstützung pflegender Angehöriger, Diabetes sowie zu Sinnfindung im Alter durchgeführt. Die monatliche mobile Sprechstunde im Haus Brügge konnte 2013 wieder angeboten werden.

Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Die bisher in Hamburg geschaffenen zusätzlichen Unterkunftsplätze führen im Bereich der öffentlichen Unterbringung und der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) bisher kaum zu einer Entspannung. Neu eingerichtete Unterkünfte bzw. zusätzliche Plätze werden fast ausschließlich mit Zuwanderern belegt, die von fördern und wohnen AöR im Anschluss an die Versorgung in der ZEA untergebracht werden müssen. Die Fachstelle hat nach wie vor Schwierigkeiten, wohnungs- und obdachlose Menschen unterzubringen und musste Familien in Einzelfällen zum Schutz der minderjährigen Kinder vorübergehend in Hotels unterbringen.

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von wohnungs- und obdachlosen Frauen und Männern sind in Hamburg drei Schwerpunktpraxen eingerichtet worden. Da Bergedorf auch von wohnungs- und obdachlosen Menschen als Stadt in der Stadt verstanden wird und längere Wege vermieden werden, ist es erfreulich, dass eine dieser Schwerpunktpraxen in der Wohnunterkunft Achterdars eingerichtet worden ist. Dort werden zur hausärztlichen Grundversorgung an zwei Wochentagen jeweils drei Sprechstunden angeboten.

Wohngeld

Zur Vermeidung der rechtswidrigen Inanspruchnahme des Wohngeldes und damit auch zur Einsparung von Haushaltsmitteln des Bundes und der Länder und der Vorbeugung von Leistungsmissbrauch ist der automatisierte Datenabgleich im Wohngeldverfahren bundesweit erweitert worden. Seit 2013 werden die Wohngelddaten zusätzlich mit dem Deutschen Rententräger und der Minijobzentrale (bei der Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See) abgeglichen. Einmal im Quartal werden die durch den Abgleich ermittelten Daten „eingespielt“ und müssen von den Sachbearbeiterinnen überprüft werden. Regelmäßig müssen daraufhin die Leistungen auch rückwirkend neu berechnet werden. Die Überzahlungen müssen zurückgefordert und ggf. Bußgeldverfahren durchgeführt oder Strafverfahren eingeleitet werden. Damit ist ein hoher Arbeitsaufwand verbunden, die Beschäftigten dieses Leistungsbereiches besonders gefordert und beansprucht hat. Ohne zusätzliches Personal sind immerhin 2.604 zu prüfende Meldungen übermittelt worden, 1.200 mehr als im Vorjahr.

Eine erste Auswertung wird die Fachbehörde voraussichtlich im August 2014 vorlegen. Schon jetzt ist aber deutlich geworden, dass Überzahlungen insbesondere aus verschwiegenen Minijobs resultieren. Die „Minijobber“ waren zwischen 13 und 80 Jahre alt, die höchste Einzelfall-Überzahlung betrug bisher 14.000,- Euro. In 6 Fällen wurde das Rechtsamt um Prüfung einer Strafanzeige gebeten.

Nachdem durch die „Hartz-IV-Reform“ die Zahl der Wohngeldempfänger 2004 sank, hat es in den Folgejahren Schwankungen gegeben. Die Zahl der Empfängerhaushalte ging zunächst weiter zurück, stieg 2009 durch die Anhebung der Wohngeldleistung an und sinkt in den letzten Jahren seit 2010 kontinuierlich wieder ab. Diese Entwicklung lässt sich auch in Bergedorf



verfolgen. Die Zahl der Empfänger von Wohngeld hat im dritten Jahr in Folge abgenommen und beträgt derzeit 1.173.

Das Wohngeld ist seit 2009 nicht mehr angepasst worden. Der Heizkostenzuschuss wurde aus Gründen der Konsolidierung vom Bund zum 1.01.2011 bereits wieder gestrichen. Es werden die Bruttokaltmieten, nicht aber die Bruttowarmmieten berücksichtigt. Die Mieten steigen. Dies alles führt dazu, dass letztlich das Wohngeld als Zuschuss zum angemessenen und familiengerechten Wohnen nicht mehr ausreicht, sondern vermehrt SGB II- oder SGB XII-Leistung in Anspruch genommen werden muss, weil dort die Miete und die Heizkosten – soweit sie angemessen sind – in tatsächlicher Höhe berücksichtigt werden.

Der Deutsche Städtetag stellt insoweit in einem Diskussionspapier zur Neustrukturierung des Wohngeldes fest, dass das Wohngeld durch die fehlende dynamische Anpassung seine Rolle als vorrangige soziale Leistung zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens verliert.

Elterngeld / Betreuungsgeld

Im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ist mit dem Betreuungsgeld eine neue Familienleistung verankert worden, die direkt an das Elterngeld anschließt. Das Betreuungsgeld ist eine Anerkennungs- und Unterstützungsleistung für Eltern mit Kleinkindern, die ihre Betreuungs- und Erziehungsaufgaben in der Familie oder im privaten Umfeld erfüllen und für ihr Kind keine frühkindliche Förderung in Tageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege in Anspruch nehmen. Für jedes ab dem 1.08.2012 geborene Kind kann Betreuungsgeld für maximal 22 Lebensmonate – im Regelfall vom 15. bis zum 36. Lebensmonat - in Anspruch genommen werden. Das Betreuungsgeld beträgt seit Einführung im August 2013 100,- Euro monatlich, ab August 2014 150,- Euro monatlich. Wenn mehrere Kinder (Geschwisterkinder, Zwillinge) in einem Haushalt leben und die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, besteht auch ein mehrfacher Anspruch. Die technischen Voraussetzungen zur Leistungsgewährung standen erst mit etwas Verzögerung zur Verfügung. Die Nachfrage nach dem Betreuungsgeld war zunächst gering, nicht nur in Bergedorf. Einen Monat nach Einführung der Leistung lagen 39 Anträge vor. Das entspricht bis heute dem Monatsdurchschnitt. Bis Ende 2013 sind insgesamt 192 Anträge eingegangen.

Nach den Richtlinien zum BEEG wurde bisher bei Mehrlingsgeburten das Elterngeld geburtsbezogen für den ersten Mehrling als Mindestbetrag oder aus Erwerbseinkommen gezahlt. Für jeden Mehrling wurde ein Mehrlingszuschlag in Höhe von 300,- Euro gewährt. Mit dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 27.06.2013 (B 10 EG 3/12 R und B 10 EG 8/12R) wurde entschieden, dass bei der Geburt von Mehrlingen für jedes einzelne Kind ein eigener Anspruch auf Elterngeld entsteht. Das bedeutet, dass für jeden Mehrling der Anspruch auf Elterngeld individuell errechnet werden muss und den Elterngeldberechtigten jeweils 12 Lebensmonate (und ggf. 2 Partnermonate) sowie 300,- Euro Mehrlingszuschlag für jeden Mehrling zustehen. Das Urteil hat zur Folge, dass z. B. bei Zwillingen 12 Lebensmonate parallel für beide Kinder Elterngeld auch von einem Elternteil bezogen werden kann. Die Elterngeldstelle hat bereits einige der entsprechenden Fälle überprüft und die Leistung ggf. angepasst.

Unterhaltssicherung

Nach der Wehrrechtsänderung waren die Empfängerzahlen von einmaligen und laufenden Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) mit dem Wegfall von Wehrpflicht und Zivildienst 2011 drastisch gesunken. Seit 2012 erhielten und erhalten ausschließlich Wehrübende Leistungen nach dem USG. Die Fallzahl blieb mit 505 Anträgen 2013 gegenüber den beiden Vorjahren konstant (2011: 511 Anträge; 2012: 515 Anträge).

Die Aufgaben nach dem Unterhaltssicherungsgesetz werden derzeit und voraussichtlich noch mindestens im ersten Halbjahr 2014 in Bergedorf für ganz Hamburg wahrgenommen. Für (frühestens) das zweite Kalenderhalbjahr ist die Übertragung des Vollzug des USG auf den Bund geplant.



Kennzahlen	2011	2012	2013
Hilfen zum Lebensunterhalt⁴			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	333	397	389
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	1.629	1.780	1.984
Anzahl der Empfänger von Grundleistung nach dem AsylbLG	808	838	952
Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten	2011	2012	2013
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	582	581	570
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	483	572	499
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	87	87	84
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	156	140	92
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	53 ¹	70 ²	52 ³
Gesamtwohnungszahl	-	54.755	54.970
Davon Sozialwohnungen	9.497	9.405	9.440
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	994	1029	1.055
Dringlichkeitsscheine	554	569	614
Dringlichkeitsbestätigungen	173	147	185

¹ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 88, mithin insges. 141

² Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 63, mithin insges. 133

³ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 70, mithin insges. 122

⁴ Die Kennzahlen zur Hilfe zum Lebensunterhalt haben bisher die jahresdurchschnittliche Zahl der Leistungsempfänger abgebildet. Für 2013 ist das Jahresendergebnis im Monat Dezember dargestellt.



Wohngeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung	2011	2012	2013
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	1.408	1.339	1.173
Anzahl der Empfänger von Elterngeld (Anträge)	1.312	1.263	1.375
Anzahl der Empfänger von Betreuungsgeld (Anträge)	-	-	192
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) ⁵	904	515	505

3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard Tel.: 42891-2307

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	32,01	31,37	31,51

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Das Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für die Jugendhilfe- und Sozialplanung, die Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, der offenen Seniorenarbeit, der Förderung des Ehrenamtes, der Integration von Zuwanderern, der Stadtteilkultur, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sportförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.

Äußerst schwierig gestaltete sich auch 2013 die Finanzierung der insgesamt 4 Bürgerhäuser im Bezirk. Die Bezirksversammlung stellte für diesen Arbeitsbereich zusätzliche Mittel aus dem Quartiersfond zur Verfügung, um Angebotseinschränkungen, die durch die vom Bund verursachte Kürzung von Arbeitsgelegenheiten entstanden sind, zu kompensieren.

Mit der 2010 eingeleiteten Bildungsreform der ganztägigen Bildung und Betreuung ist eine stärkere Öffnung der Schulen in die Sozialräume und damit die notwendige engere Kooperation von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern verbunden. Das Fachamt begleitet diesen Prozess intensiv. Eine neue Aufgabe stellt darüber hinaus die Integration des Querschnittsthemas Bildung in die integrierte Sozialraumplanung dar.

2013 wurde in Bergedorf die Jugendberufsagentur eingerichtet, um jungen Menschen in der Übergangsphase von Schule zu Beruf wichtige und verbindliche Hilfestellungen zu gewähren. Dieser Aufgabenbereich wird auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachamtes SR aktiv unterstützt.

Die Durchführung zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste, Informationsveranstaltungen, Preisverleihungen und Ehrungen sowie die Durchführung von Ferienfreizeiten bildeten 2013 zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.



Integrierte Stadtteilentwicklung

Abteilungsleitung: Dr. Ingrid Stöckl

Die Abteilung Integrierte Stadtteilentwicklung war im Berichtsjahr mit drei Entwicklungsgebieten befasst und setzte verschiedene Maßnahmen und Projekte in den Handlungsfeldern Bildung, Beschäftigungsförderung, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Verkehr, Kultur, Familienförderung und Integration um. Dabei wurde stets ein besonderer Schwerpunkt auf die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. von anderen potenziellen Nutzern der Projekte gelegt. Die Gebietsentwicklung erfolgt auf der Grundlage des RISE-

Programms Hamburg sowie der Bundesprogramme „Soziale Stadt“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“.

Fortgesetzt wurde der Aufbau der Controlling-Datenbank in enger Abstimmung mit der BSU und damit einhergehend der Aufbau von Kennzahlen und Zielkategorien. Die umfassende Controlling-Datenbank ermöglicht neben dem monetären auch ein fachliches Controlling der einzelnen Projekte und Maßnahmen der Gebietsentwicklung.

Fördergebiete	Anzahl der geförderten Projekte		Mittelvolumen in € (anteilige RISE-Mittel)	
	2012	2013	2012	2013
Lohbrügge-Ost	20	27	1.645.890,61	1.662.994,02
Bergedorf-Süd	8	13	521.965,26	628.930,43
Neuallermöhe	2	6	30.694,08	165.631,72
			2.198.549,95	2.457.556,17

Lohbrügge-Ost 2008-2015

Die Gebietsentwicklung Lohbrügge-Ost stand unter den fachlichen Leitzielen:

- Integration durch Begegnung der Bürgerinnen und Bürger
- Belebung und Entwicklung des Lohbrügger Stadtteilzentrums (Alte Holstenstraße)
- Verbesserung der Bildungschancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Aufwertung des Wohnumfeldes und öffentlichen Raums
- Seniorengerechtes Wohnen im Stadtteil

Neben der Fortsetzung der bereits laufenden bewährten Projekte konnten auch in 2013 neue Projekte angeschoben bzw. umgesetzt werden. Hierbei zu nennen sind die *historischen Geschichtstafeln* von Lohbrügge, deren feierliche Einweihung am 29. April erfolgte. Im *Treff Lohbrügge* des Begleiter e.V. wurde am 5. September der neue Gemeinschaftsraum eingeweiht, der u.a. schon im Dezember für die integrationsfördernden Filmvorstellungen genutzt wurde. Fertig gestellt und eingeweiht wurde am 8. November der *Spielplatz an der Lohbrügger Landstraße*.



Auch in 2013 wurden wieder die bewährten Lohbrügger Beteiligungs- und Nachbarschaftsprojekte erfolgreich durchgeführt:

- der Neujahrsempfang des Gebietsmanagements am 23. Januar mit ca. 80 beteiligten Netzwerkakteuren der Stadtteilentwicklung,
- das Konzert der Kulturen am 25. Mai im Leuschnerpark mit über 35 beteiligten Vereinen und Chören, Musikgruppen, Tanzgruppen und anderen Künstlern,
- am 13. September unter großer Beteiligung der Bewohnerschaft und mit Unterstützung der Wohnungsbaugesellschaft SAGA/GWG das beliebte Suppenfest am Billebogen

Mit der Neugestaltung der Einkaufsmeile und *Fußgängerzone Alte Holstenstraße* erfolgte eine wesentliche Aufwertung des gesamten Stadtteils: Mit neuem Bodenbelag, Sitzbänken und Fahrradständern und neuer Grüngestaltung sowie der Anschaffung einer modernen Weihnachtsbeleuchtung.

Das Gebietsmanagement legte in 2013 einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf das Thema „Barrierefreiheit - für ein seniorengerechtes Lohbrügge“. Am 13. August wurde eine öffentliche und sehr gut besuchte Veranstaltung mit Fachvertretern und Vertretern aus Politik und Verbänden zu diesem Thema im Haus brügge durchgeführt und die dort entwickelten Anregungen in Arbeitskreisen und Fachforen weiter verfolgt.

Bergedorf-Süd 2011-2020

Seit 15. Februar 2011 ist Bergedorf-Süd als RISE-Fördergebiet im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ aufgenommen. Die beauftragte Gebietsentwicklerin (steg Hamburg) ist durch ein Präsenzbüro in der Bergedorfer Straße 158 vertreten. Das Büro hat sich inzwischen als Anlaufstelle für Bewohner des Gebiets etabliert. Mit der Stadtteilzeitung „Südblick Bergedorf“, einem Newsletter und der Website www.bergedorf-sued.de hat die Gebietsentwicklung Beteiligungs- und Informationsstrukturen aufgebaut, die von zahlreichen Bewohnern genutzt werden. Der Anfang des Jahres neu konstituierte Beirat hat seine Arbeit aufgenommen.

Die begonnenen Umgestaltungsmaßnahmen in den Quartiersstraßen konnten zum Abschluss gebracht werden. Die Fertigstellung des Poolplatzes dauert noch bis Anfang des Jahres 2014 an. Für die Straße Brookdeich wurde eine Verkehrsuntersuchung durch ein Büro erarbeitet und im Beirat vorgestellt.

In Kooperation mit dem BID Sachsentor wurde das Projekt „Familientage in Bergedorf“ im Museum für Bergedorf und die Vierlande durchgeführt.

Die Projektentwicklung für das Quartierszentrum Neues Lichtwarkhaus wurde aufgenommen und mit den bisherigen und potenziellen Nutzern erste Gespräche zur Erarbeitung eines Nutzungskonzepts geführt.

Die von der BSU beauftragte Arbeitsgemeinschaft aus Energiefachplanern hat die Konzepterstellung für die Energetische Sanierung des Fördergebiets abgeschlossen und im Gebiet vorgestellt.

Neuallermöhe 2012-2019

Mit Beschluss der Gebietsfestlegung und der Aufnahme von Neuallermöhe in das RISE-Förderprogramm am 27.09.2012 wurde mit der europaweiten Ausschreibung des Gebietsentwicklers noch in 2012 begonnen und diese in 2013 abgeschlossen. Nach den Verhandlungen wurde die Lawaetz Stiftung mit der Gebietsentwicklung zum 1. Juli 2013 beauftragt. Bereits am 01.08.2013 konnte das Stadtteilbüro am Fleetplatz 1 bezogen werden. In Vorbereitung auf die Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) wurde das Beteiligungsverfahren „Planning for Real“ bzw. „Wir bauen unseren Stadtteil“ durchgeführt.



Hierfür wurde ein Stadtteilmodell von Neuallermöhe gebaut und an verschiedenen Orten und Einrichtungen im Fördergebiet präsentiert. Mit diesem visuellen Hilfsmittel wurden zahlreiche Bewohner, Besucher und Akteure jeder Altersgruppe und Nationalität niedrigschwellig erreicht und Interessen sowie Bedürfnisse aufgenommen. Die Ergebnisse aus den vorangegangenen Untersuchungen (u.a. den Stadtteilwerkstätten) und „Wir bauen unseren Stadtteil“ bildeten die Arbeitsgrundlage für die Entwicklungskonferenz am 29.11.2013. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Neuallermöhe 2020“. Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen werden Bestandteil des IEK und geben die Entwicklungsrichtung und das Zielsystem für Neuallermöhe vor. Erste Projekte wurden benannt und inhaltlich konkretisiert. Auch erste Interessensgruppen haben sich zusammengefunden.

Parallel wurden die ersten Starterprojekte weiterentwickelt und umgesetzt. Der *Internetauftritt www.neuallermoehe.de* ging am 01.09.2013 online und der *Piratenspielplatz am Konrad-Weix-Stieg* wurde unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler der angrenzenden Adolf-Diesterweg-Schule geplant und am 31.10.2013 feierlich eröffnet.

Steuerung und Förderung

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff

Im Berichtsjahr konnte das Fachamt Sozialraummanagement mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wiederum zahlreiche Projekte und Einrichtungen aus den Bereichen Stadtteilkultur und Bürgerhäuser, kulturelle Projekte, Projekte der Familienförderung und der offenen Kinder- und Jugendarbeit und nicht zuletzt Projekte aus dem Bereich der Seniorenarbeit fördern. Dabei standen die Bereiche Bürgerhäuser, Jugendarbeit und Familienförderung aus unterschiedlichen Gründen vor besonderen Herausforderungen. Während die Bürgerhäuser den Wegfall von geförderten Arbeitsplätzen zu verkraften hatten, hatte die Jugendarbeit und die Familienförderungen veränderte Rahmenbedingungen umzusetzen. In allen Fällen konnte jedoch für eine Kompensation gesorgt werden. Während die Bürgerhäuser deutlich von dem neu aufgelegten „Quartierfond bezirkliche Stadtteilarbeit“ profitierten, erhielten die Jugendarbeit und die Familienförderung zusätzliche Mittel aus dem Umsteuerungsfond für „Sozialräumlich Hilfen und Angebote“.

Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Abteilungsleitung: Frank Hüttmann

Erziehungsberatungsstelle

Die Erziehungsberatungsstelle (EB) leistete auch 2013 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII für Familien im gesamten Bezirk.

Sie bot Familien Unterstützung wenn:

- Eltern Fragen, Unsicherheiten oder Probleme in der Erziehung ihrer Kinder hatten oder sich überfordert fühlten,
- Eltern Auffälligkeiten im Verhalten oder in der Entwicklung ihres Kindes wahrnahmen,
- Eltern persönliche Probleme mit sich oder in ihrer Partnerschaft hatten,
- Eltern sich in einer Trennungs- oder Scheidungssituation befanden,
- Kinder/Jugendliche persönliche Probleme oder Konflikte mit Eltern, LehrerInnen oder FreundInnen hatten,
- MitarbeiterInnen anderer Einrichtungen Rat suchten zum Umgang mit ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen.

2013 meldeten sich 245 Personen an, um für sich und/oder ihre Familie Beratung/Therapie zu erhalten. Für Menschen mit dringendem Beratungsbedarf wurde eine offene Sprechstunde ohne Anmeldung angeboten. Die Sprechstunde (freitags von 10-11.30 Uhr) wurde gut angenommen.



Durch die neue räumliche Situation konnte die Kooperation mit den Partnern im Stadtteil und insbesondere der Elternschule weiter verbessert werden.

Die EB Bergedorf war ferner auf dem Hamburger Familientag im Rathaus vertreten, hat am Fest in West teilgenommen und war auf dem Kindertag in den Vier- und Marschlanden präsent.

Elternschule

Die Elternschule Bergedorf arbeitet präventiv. Sie förderte auch 2013 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereitete junge Menschen in der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.

Darüber hinaus trug die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnte die Elternschule Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern, sowie Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten. Für Angebote der Elternschule wurden zwei Programmhefte veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten. Der Internetauftritt der Elternschule wurde regelmäßig aktualisiert.

Unter dem Titel „Elternschule aktuell“ wurden auch 2013 einmal monatlich abends kostenlos Vorträge/Workshops zu aktuellen pädagogischen Themen angeboten. Trotz Bekanntmachung durch den Newsletter der Elternschule, Berichterstattung in der Bergedorfer Zeitung und dem Bille Wochenblatt wurden die Veranstaltungen nicht im erhofften Maß besucht.

Die regelmäßige Versendung des Newsletters der Elternschule Bergedorf per E-Mail hat sich auch 2013 als sinnvoll erwiesen. Die Rückmeldung von Nutzerinnen und Nutzern, sowie Kooperationspartnern sind positiv (Informationsaufnahme durch Smartphones). Ziel des Newsletters ist es, auf den Beginn einzelner Veranstaltungen und Kurse hinzuweisen bzw. daran zu erinnern und den NutzerInnen das zweimal jährlich erscheinende Programm auch als PDF Datei zur Verfügung zu stellen.

2013 hat die Elternschule außerdem eine Kooperation mit der lateinamerikanischen Frauengruppe „Brisa Latina“ begonnen. In Kooperation mit den Volkshochschule wird Deutschunterricht für russische Mütter angeboten.

Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen weiterhin eine wesentliche Rolle. Sie bleiben für viele Kinder und Jugendliche tägliche Anlaufstation. Hier erhalten sie Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr für ihre Anliegen. Neben der Arbeit mit unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen, leisten die Häuser der Jugend und Spielhäuser eine Vielzahl von Einzelhilfen. Sie ergänzen damit die sozialpädagogische Versorgung der Kinder und Jugendlichen in Bergedorf, schaffen Vertrauen durch Erreichbarkeit und sind an vielen bezirklichen oder sozialräumlichen Kooperationsprojekten beteiligt. In diesem Zusammenhang ist das besondere Engagement der kommunalen Einrichtungen für den Bergedorfer Kindertag hervorzuheben. 2013 konnte diese Veranstaltung einen neuen Besucherrekord verzeichnen. Der Film zur Veranstaltung ist unter <http://www.youtube.com/watch?v=gCmspyGC9-w> zu sehen, und lässt diesen besonderen Tag noch einmal „Revue“ passieren.

Mit der voran schreitenden Umsetzung der Ganztagesbetreuung an Schulen stehen auch die kommunalen Einrichtungen vor neuen Herausforderungen und meistern diese mit hoher Flexibilität und Veränderungsbereitschaft. Je nach den Anforderungen am jeweiligen Standort wurden Öffnungszeiten angepasst und Programminhalte verändert.



Dank der großzügigen Unterstützung der „Stiftung für Bergedorf“, konnten im Jahre 2013 in den Spielhäusern Friedrich-Frank-Bogen und Kurt-Adams-Platz täglich bis zu 50 Kinder mit einem warmen Mittagessen in den dortigen Kinderrestaurants versorgt werden

Sportangelegenheiten

Abteilungsleitung: Fred Osterhage

Wie in den Vorjahren wurden auch 2013 Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien initiiert, sowie die Ehrungen von rd. 200 Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen organisiert.

Die internetbasierte Datenbank zur Veröffentlichung der Belegungsdaten von öffentlichen Sportstätten in Hamburg (SKUBIS: **S**port-, **S**chul-, **K**ultur- und **B**ürgerhaus-**I**nformations-**S**ystem) ist mit dem 02.09.2013 online gegangen. Der Belegungsplan Sportstätten umfasst alle von den Hamburger Bezirksamtern vergebenen Sportstätten, also Schulsporthallen wie auch öffentliche Sportplätze. Über diesen Online-Dienst lässt sich eine orts- oder organisationsbezogene Suche nach einzelnen Sportstätten vornehmen und sich deren Belegungsdaten anzeigen. Darüber hinaus verfügt dieser Dienst über eine direkte Kontaktaufnahmemöglichkeit mit dem jeweils zuständigen Bezirksamt. Sämtliche Sportstätten in Bergedorf wurden zwischenzeitlich eingepflegt und die Sportstättenvergabe an Vereine erfolgt mit Hilfe dieses Systems.

Besonderes Augenmerk wurde 2013 auf die Pflege und Ertüchtigung der bezirklichen Sportflächen gelegt. Da die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt sind, mussten Prioritäten festgelegt werden.

Das bezirkliche Sportreferat ist stets in engem Kontakt mit den ortansässigen Vereinen und nimmt regelhaft an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Sportvereine im Bezirk Bergedorf teil.

Die Investitionen für Sportanlagen in Hamburg werden seit 2013 durch den Bezirklichen Sportstättenbau Hamburg Mitte koordiniert und durch einen Beirat gesteuert, in dem die jeweiligen Vorsitzenden der Bezirksversammlung und Vorsitzenden der bezirklichen Sportausschüsse vertreten sind.

Jugendhilfe – und Sozialplanung

Zuständigkeit: Regine Schilde

Die Jugendhilfe- und Sozialplanung (Integrierte Sozialplanung) leistet einen planerischen Beitrag zur Verbesserung der Lebenslagen der in einem Bezirk lebenden Menschen. Deshalb werden auf den unterschiedlichen bezirklichen Ebenen wie Stadtteilen, Sozialräumen oder Planungsräumen die dort lebende Bevölkerung nach Alters- und Zielgruppen, z.B. in Bezug auf Bildung, Integration, Demografie, Wohnen, Wohnumfeld, Kultur, Sport und Einkommen dargestellt und analysiert. Die jeweilige Form der Berichterstattung ergibt sich aus den regionalen, politischen sowie planerischen Maßgaben und Bedarfen.

Im Jahr 2013 wurde der Sozialraumbericht Bergedorf-West aktualisiert und am 5. November 2013 fand ein zweiter Sozialraumdialog in Bergedorf-West statt. Unter großer Beteiligung der Stadtteilkonferenz, der ehrenamtlichen und professionellen Akteure aus allen Bereichen wie z.B. Jugendhilfe, Schule, Kindertagesbetreuung, Familienförderung, Nachbarschaft und Bezirkspolitik wurden zwei wesentliche Handlungsfelder identifiziert. Hierzu gehören zum Einen neue Konzepte in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Bergedorf-West und zum Anderen Begegnungsräume. Zwei Arbeitsgruppen haben sich gegründet und erarbeiten bis Mai 2014



erste Vorschläge für Konzepte und Handlungsoptionen. Eine Dokumentation zu diesem Dialog liegt vor.

2013 war insbesondere der Prüfauftrag der Bezirksversammlung (Drs.:XIX/1058): „Kiezläufer für Bergedorf-West“ zu bearbeiten. Mit der Stadtteilkonferenz Bergedorf-West, Vertreter/innen des Jugendhilfeausschusses (JHA), der SAGA/GWG, ProQuartier, Vertreter/innen von Jugendhilfe und Schulen im Kontext Bergedorf-West, wurde in Arbeitsgruppen der Bedarf für dieses Projekt festgestellt. Seit Ende 2013 stehen 8-10 Jungerwachsene für dieses Vorhaben zur Verfügung.

Nach § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) sollen verbindliche Strukturen entwickelt werden, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an bezirklichen Vorhaben sicherzustellen. Auf der Grundlage eines Konzeptpapiers mit einer Bestandsaufnahme bisher erfolgter Partizipationsprojekte in Bergedorf wurde mit Beschluss des JHA die Organisation eines gemeinsamen Fachaustausches zu diesem Thema mit Bezirksverwaltung, Bezirkspolitik, der Jugendhilfe und anderen Akteuren vereinbart. Dieser Fachaustausch fand am 9. April 2013 statt, woraufhin die Bezirksversammlung Bergedorf die Initiierung einer bezirklichen Arbeitsgruppe beschloss (Drs.: XIX/1188). Aufgabe der Arbeitsgruppe ist u.a. die Erarbeitung verbindlicher Rahmenbedingungen sowie Qualitätsstandards. Die Vereinbarung zwischen dem Bezirksamt und der Bezirksversammlung Bergedorf zur Anwendung des § 33 BezVG ist inzwischen geschlossen worden.

Ein regelhafter Arbeitsschwerpunkt in der Jugendhilfeplanung umfasst die Berichtswesen der Fachbehörde (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Die Ergebnisse hierzu wurden 2013 für den Bezirk Bergedorf ausgewertet. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse wurden in die unterschiedlichen Fachplanungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familienförderung und der Sozialräumlichen Angebote einbezogen.

Integration von Zuwanderern

Zuständigkeit: Herr Birkner

Der „**Bergedorfer Dialog der Kulturen**“ wurde 2013 zum dritten Mal im Spiegelsaal durchgeführt. Wir konnten dabei zum Thema „Integration durch Sport“ rund 100 Teilnehmer begrüßen, darunter den Hamburger Innensenator sowie 8 Bürgerschaftsabgeordnete und zahlreiche Bezirksabgeordnete. Bei der Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung wurde erneut im Sinne der Förderung der Teilhabe von Migranten eng mit zahlreichen Migrantenselbstorganisationen (MSO) sowie migrantischen Einzelpersonen / „Kulturmittlern“ und freien Trägern der Integrationsarbeit kooperiert. Der Erfolg der Bemühungen wird an einem Anteil von über 60 Prozent Migranten deutlich. Zusätzlich konnten diesmal insgesamt sieben Bergedorfer Sportvereine als Kooperationspartner gewonnen werden. Die 2010 im Strategiepapier für den Bezirk formulierten Ziele „Aktivierung & Beteiligung von Migranten“ sowie „Foren schaffen für Begegnung, Dialog und Kooperation zwischen Migranten und der Mehrheitsgesellschaft“ wurden mit dem Format „Bergedorfer Dialog der Kulturen“ erneut erreicht.

Auch im Rahmen der **3. „Bergedorfer Weltreise“** (diesmal auf dem Bahnhofsvorplatz) gelang es 2013 im Rahmen des Bergedorfer Kindertags neuerlich, bei der Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung zahlreiche Einwanderer und Einwandererorganisationen für Kooperationen zu gewinnen. Bergedorfer Migranten bzw. Migrantenselbstorganisationen aus sieben unterschiedlichen Herkunftsländern bzw. -regionen gestalteten die „Weltreise“ eigenverantwortlich unter Koordinierung des Bezirksamtes. Insgesamt nahmen 2013 rund 500 Kinder und Eltern an der „Weltreise“ teil.

Ende 2013 wurde ein neues interkulturelles Veranstaltungsformat entwickelt und durchgeführt, die ersten „**Interkulturellen Filmabende Lohbrügge**“. An vier aufeinander folgenden Mittwochen wurden dabei im November und Dezember insgesamt vier Filme zu



unterschiedlichen Herkunftsländern der Bergedorfer Migranten gezeigt. An jedem dieser Abende agierten Bergedorfer Migrantenvereine aus den jeweiligen Ländern als Kooperationspartner. Sie zeichneten insbesondere für die Gestaltung des umrahmenden

Kulturprogramms zuständig, v.a. mit landestypischen kulinarischen Angeboten sowie mit musikalischen Beiträgen. Auch bei der Bewerbung der Filmabende innerhalb der migrantischen Gemeinden Bergedorfs waren sie stark engagiert. Die Finanzierung der Veranstaltungen erfolgte über den Verfügungsfonds des Lohbrügger Stadtteilbeirats. Die ersten „Interkulturellen Filmabende Lohbrügge“ verzeichneten an den vier Abenden insgesamt über 300 Teilnehmer

Der neue Bereich „Migration und Vielfalt“ auf www.bergedorf.de wurde 2013 weiter ausgebaut. Ziel ist es hierbei, die Vielfalt in der heutigen Bergedorfer Bevölkerung auch auf solchen Plattformen abzubilden und die Themen „Migration und Vielfalt“ positiv zu bespielen. Auf der Seite werden u.a. neben demografischen Informationen zur Bergedorfer Bevölkerung mit Migrationshintergrund auch Integrationsangebote der verschiedenen Träger in Bergedorf aufgelistet, Veranstaltungshinweise im Rahmen eines digitalen Kalenders, Informationen zu den vielfältigen migrantischen Gemeinden und Vereinen sowie zu bezirklichen Veranstaltungen zum Thema gegeben.

Auch die bezirkliche Initiative zur Implementierung von „**Stadtteiführungen von Migranten für Migranten**“ ist 2013 entscheidend vorangekommen. Nachdem Ende 2012 mit der Buhck-Stiftung und der Bergedorf-Bille-Stiftung zwei sehr engagierte Geldgeber eingestiegen waren, gelang es 2013, mehrere Bergedorfer Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern als zukünftige „Tour Guides“ zu gewinnen. Zudem wurde ein Schulungstext für die Führungen erstellt, der Anfang 2014 in der Endversion vorliegen wird. Die Rundgänge werden bis März 2014 starten. Ziel dieser Initiative ist es, das bezirkliche Leitbild einer „gelebten Willkommenskultur“ weiter zu manifestieren. Neben historischem Wissen werden die Führungen

des Weiteren auch eine Vielzahl von praktischen Informationen für Migranten vorhalten, u.a. zu Behördengängen und Freizeitmöglichkeiten in Bergedorf.

Ende 2013 wurde zudem im Fachamt SR ein Konzept für eine **Ausstellung zu Bergedorfer Flüchtlingsbiografien** erstellt. Im Rahmen dieser Ausstellung sollen 10 – 15 Bergedorfer Asylbewerber mit ihren Fluchtgeschichten porträtiert werden, vorwiegend Bewohner der örtlichen Asylbewerberunterkünfte. Ziel der Ausstellung ist es, das Wissen über die Bergedorfer Flüchtlinge innerhalb der Aufnahmegesellschaft zu mehren, Vorurteilen entgegen zu wirken sowie Empathie für Flüchtlingsschicksale zu schaffen.

Arbeitsmarktkoordination, Jugendberufsagentur

Zuständigkeit: Herr Eichhorn

Seit Juli 2012 ist in Bergedorf die neu geschaffene Stelle eines bezirklichen Arbeitsmarktkoordinators besetzt. Der bezirkliche Arbeitsmarktkoordinator soll mit den im Bezirk vertretenen Standorten des Jobcenters, Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit, AGH-Trägern und Anbietern anderer arbeitsmarktpolitischer und sozialintegrativer Maßnahmen kooperieren. Das Ziel ist, arbeitsmarktpolitische Handlungsbedarfe für unterschiedliche Zielgruppen in Abstimmung mit bezirklichen Stellen festzustellen und geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu identifizieren. Ferner soll er die Akteure im Bezirk hierzu beraten und zu weiteren Kooperationen anregen. Zudem sollen diese Maßnahmen und Projekte mit den im Stadtteil vorhandenen sozialen, stadtteilpolitischen, bildungspolitischen sowie weiteren Angeboten und Initiativen verknüpft werden, um diese in der Stadtteilstruktur zu verankern.

Das Jahr 2013 stand für den Bereich bezirkliche Arbeitsmarktkoordination ganz im Zeichen der neuen ESF-Förderperiode 2014 - 2020 sowie der Einrichtung eines Standortes der



Jugendberufsagentur in Bergedorf. Der Arbeitsmarktkoordinator beteiligte sich an der Ausarbeitung konkreter Projekte für das Hamburger ESF-Förderprogramm, an der Formulierung der Leistungsbeschreibungen und nahm an der Auswahl der Projektteile, die in Hamburg ab dem Jahr 2014 tätig werden.

Im Vorfeld der Eröffnung der Jugendberufsagentur (JBA) in Bergedorf stimmte sich der Arbeitsmarktkoordinator mit Akteuren auf bezirklicher Ebene, mit den beteiligten Fachbehörden sowie mit den anderen Partnern der JBA ab. Hierbei ging es um die Organisation des Standortes, die Eröffnungsveranstaltung sowie nachfolgende Veranstaltungen.

Darüber hinaus organisierte der Arbeitsmarktkoordinator, zusammen mit den Bildungsmanagerinnen des Bezirksamtes und in Kooperation mit dem Standort von Jobcenter team.arbeit.hamburg in Bergedorf und dem KulturA eine Informationsbörse für alleinerziehende Mütter und Väter. Diese Veranstaltung kann gleich auf mehreren Ebenen als Erfolg gewertet werden, da nicht nur viele Betroffene beraten wurden, sondern sich auch die Träger weiter vernetzen konnten und ein besserer Austausch zwischen Jugendamt, Jobcenter und Trägern gelang.

Ferner unterstützte der Arbeitsmarktkoordinator die Vorbereitungen zum überaus erfolgreichen Berufsorientierungstag 2013 der Ausbildungsplatzinitiative Bergedorf sowie bei der Erstellung des Bergedorfer Lehrstellenatlas 2014.

Nachdem Ende 2012 der bezirkliche Beirat des Jobcenters neu aufgestellt wurde, konnte dieser seine Arbeit in voller Besetzung fortführen. Im Jahr 2013 formulierte der Beirat gleich zwei Empfehlungen an den Zentralen Beirat von Jobcenter team.arbeit.hamburg. Als Geschäftsführer übernahm der Arbeitsmarktkoordinator einen Teil der inhaltlichen Planung des Beirates sowie die Umsetzung einiger Beschlüsse und die Weiterleitung der Empfehlungen des bezirklichen Beirates an den Zentralen Beirat von Jobcenter team.arbeit.hamburg.

Bezirkliches Bildungsmanagement

Zuständigkeit: Frau Ammonn, Frau Kratt

Die Arbeit des Bildungsmanagements im Jahr 2013 konzentrierte sich auf die Handlungsfelder Regionale Bildungskonferenzen (RBK), Bezirkliche Bildungsplanung und Öffentlichkeitsarbeit.

RBK: Durchführung und Weiterentwicklung

Im Berichtszeitraum wurden 7 Lokale Bildungskonferenzen zu den Themen „Fallmanagement“ und „Übergang Kita – Grundschule“ durchgeführt.

Aus dem Themenbereich „Fallmanagement“ ist eine AG aus Vertreter/innen von Kitas, der Grundschulen, dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), dem Gesundheitsamt, dem Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) und den Einrichtungen der Jugendhilfe hervorgegangen. Sie entwickelt ein Modell der guten Zusammenarbeit in der Fallbearbeitung. Die Ergebnisse werden in einer Handreichung dargestellt und stellen Transparenz über Kompetenzen, Zuständigkeiten, Aufgaben und Mandate aller beteiligten Institutionen her. Die AG arbeitet unter der Leitung der Bildungskoordinatorinnen.

Aus dem Themenbereich „Übergang Kita – Grundschule“ ist unter der Leitung der Bildungskoordinatorinnen eine stadtteilübergreifende AG aus Kita- und Schulleitungen, ReBBZ und Jugendamt hervorgegangen. Sie hat die Empfehlungen für die Optimierung des Übergangs erarbeitet.

Bezirkliche Bildungsplanung

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit in der bezirklichen Bildungsplanung flossen ein in die Entwicklung von Modellen auf Hamburger „Lernen vor Ort“-Ebene – der Bergedorfer



Beitrag bezog sich auf das Fallmanagement und die Übergangsgestaltung – und ein Positionspapier zu Struktur, Zielen und Aufgaben der bezirklichen Bildungsplanung.

Öffentlichkeitsarbeit und Information

Im Jahr 2013 ist der „Bergedorfer Bildungsnewsletter“ entwickelt worden und viermal erschienen.

3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891 - 2300

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	63,59	73,48	76,02

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Übergreifende Planung und Steuerung

Im Jahr 2013 wurde neben vielen allgemeinen Themen und Projekten für den Pflegekinderdienst (PKD) eine neue Fachanweisung eingeführt. In diesem Zusammenhang konnte der bezirkliche PKD im September auch personell verstärkt werden.

Im Sommer des Jahres wurde der Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung ab dem ersten Lebensjahr wirksam. Die Abteilung Kindertagesbetreuung (KTB) konnte die gestiegenen Nachfragen bewältigen, so dass es nur wenig Wartezeit gab. Als Teil des Kinderschutzes wurde für die Amtsvormundschaft eine gesetzlich geregelte Obergrenze von Fällen eingeführt, die zusammen mit den vorgeschriebenen Hausbesuchen nicht vollständig umzusetzen war. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, auch für den ASD, der stets gute Kontakt zum Bergedorfer Familiengericht.

Der interne Teamentwicklungsprozess mit externer Unterstützung im ASD, der über den Zeitraum von 2 Jahren lief, konnte Ende 2013 erfolgreich beendet werden. Im Anschluss wurde ein zusätzliches Projekt aufgelegt, welches zu mehr Qualität und besserer Steuerung führen soll. Die Vorbereitungen hierzu liefen schon, als die tragische Nachricht eines neuerlichen Todesfalles das Jugendamt erreichte. Damit bekam dieses Projekt zusätzliche Aktualität.

Neben den internen Bemühungen zur Qualitätsverbesserung wurden viele neue Projekte im Rahmen der sozialräumlichen Hilfen und Angebote auf Initiative des Jugendamtes gestartet. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf Projekte mit KITAs gelegt. Hier soll Familien möglichst früh Unterstützung gewährt werden können.

Die Projekte stehen auch im Zusammenhang mit dem Kontrakt Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) und Hilfen zur Erziehung zwischen Bezirksamt und Fachbehörde, die dafür die notwendigen Mittel bereitstellt. Die gute Nutzung der Projekte konnte nachgewiesen werden und auch mit den Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung ist Bergedorf auf einem guten Weg, ohne die Versorgung der Familien und Kinder zu vernachlässigen.

Über die bisherigen Projekte hinaus konnte die Rahmenvereinbarung Schule und Jugendhilfe in Bergedorf sehr schnell umgesetzt werden:



Ein Projekt am Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) ist seit dem 1. August aktiv für Kinder mit besonders herausforderndem Verhalten, die in ihrer bisherigen Stammschule zeitweise nicht beschult werden können. In Planung sind 6 weitere Projekte direkt an Schulen; hierfür konnten die Interessenbekundungsverfahren gestartet werden.

Für die Begleitung unserer jüngsten Mitbürger bis zu einem Jahr erfolgt die Umsetzung des Hamburger Rahmenkonzeptes „Guter Start für Hamburgs Kinder“ im Rahmen des Projektes „Frühe Hilfen“ mit dem Ausbau der 3 regionalen Familienteams. Die Tätigkeit des Netzwerkmanagements hat hier sehr zu einem guten Gelingen zwischen Trägern, Jugend- und Gesundheitsamt beigetragen, wie auch in der Klarheit der jeweils zu leistenden Aufgaben. Über diesen Weg konnte eine gute Ergänzung zu den Einzelfallhilfen in der Förderung der Familien und in Angeboten für Kinder und Familien erreicht werden. Beteiligt an diesen Projekten war auch die Kinder- und Jugendarbeit, hier gab es ein Projekt mit dem Haus der Jugend Lichtwarkhaus.

Die Arbeit in Krisensituationen ist leider auch von Schattenseiten begleitet: Eine interne Statistik weist mehrere Bedrohungen und Beleidigungen des Personals aus.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis wurde mit der Evangelischen Hochschule für Sozialarbeit und Diakonie (Rauhes Haus) fortgeführt. Mit der Hochschule wurde die Arbeit einer Forschungswerkstatt des Masterstudienganges Soziale Arbeit mit dem Thema „Steuerung der Hilfen zur Erziehung“ verabredet. Die Ergebnisse werden noch vorgelegt.

Die umfänglichen Präsenzzeiten der verschiedenen Jugendamtsbereiche werden von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern sehr positiv angenommen. Für den Arbeitsalltag der Mitarbeiter werden diese oftmals zur persönlichen und strukturellen Herausforderung.

Koordinatorin für Kinderschutz

Die Fachberatung in Kinderschutzfragen für Kinderschutzfachkräfte im Bezirk und bei freien Trägern, Kitas und Schulen sowie das Vorstellen des Arbeitsbereiches ASD und Kinderschutz für Beratungslehrer des Bezirkes wurde wie bisher weitergeführt. Hierzu gehört auch die Begleitung der fallzuständigen Fachkräfte des ASD bei Kriseninterventionen, bei gerichtsanhängigen Verfahren sowie bei Inobhutnahmen und Gesprächen mit Sorgeberechtigten.

Auch in 2013 war die Koordinatorin für die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen des ASD zuständig. Damit verbunden ist die gesamte Planung und Abstimmung mit dem Hamburger Einarbeitungskonzept und Bergedorf-spezifische Hospitationen außerhalb des Amtes und wöchentliche Inhouse-Schulungen.

Überregional wurde am Jahresbericht Kinderschutz der Bezirksämter und der Durchführung eines Fachtages für Kinderschutzfachkräfte im Dezember 2013 mitgewirkt. Die Koordinatorin hat im vergangenen Jahr am Runden Tisch zur Stärkung des Kinderschutzes, dem Arbeitskreis postnatale Schwangerschaftsdepression und der Bezirklichen Fachkommission teilgenommen, sowie an dem neuen Hamburger Konzept zur Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen im ASD, dem Qualitätsmanagement Kinderschutz und der AG Anlagenband mitgewirkt. Gemeinsam mit der Fachbehörde und weiteren Koordinatoren wurde der Handlungsleitfaden für Hausbesuche in akuten Krisen überarbeitet.

Zur Begleitung der Kinderschutzfachkräfte außerhalb des Jugendamtes gab es Termine und Praxisreflexionen. Der bezirkliche Qualitätszirkel für die Sozialpädagogische Diagnostik wird von der Koordinatorin federführend durchgeführt. Im Dezember fand eine Veranstaltung der Koordinatoren für Kinderschutz und des KISZ (Kinderschutzzentrum) für Hamburger Kinderschutzfachkräfte statt zu dem Thema: „Kinderschutz – gesund und munter?! Im Spannungsfeld zwischen Selbst- und Fremdsorge“.



Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Durch die Nachbesetzung der freien Stellen im ASD war es möglich, die Fallbelastung in den Fallmanagementabteilungen ausgewogen zu verteilen. Die Zuständigkeit für den Planungsraum Vier- und Marschlande wechselte in den ASD 2, der auch für Allermöhe zuständig ist.

Die Restrukturierung der ASD-Abteilungen wurde in 2012 und 2013 durch einen Teamentwicklungsprozess mit externer Moderation unterstützt und am Ende des Jahres 2013 abgeschlossen.

Zur qualifizierten Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen ist im Februar 2013 ein neues „Rahmenkonzept Einarbeitung im ASD“ in Kraft getreten. Das Bergedorfer Konzept wurde in das ASD-Rahmenkonzept integriert.

Alle Abteilungen des ASD setzten die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige kollegiale Beratung, Praxisberatung/Supervision, interne Fortbildungen, fachlichen Austausch und fundierte Risikoeinschätzung bei Meldungen von Kindeswohlgefährdung fort. Hierzu gehört auch die Sozialpädagogische Diagnostik.

Der ASD hat trotz Personalwechsels die Absicht sich stärker in den Sozialräumen zu vernetzen, um damit für die Bürger noch zielgerichteter Hilfen anbieten zu können. Um die sozialräumlichen Orientierung der Arbeit zu verstärken, wurden Begleiter für die Sozialraumprojekte benannt und gemeinsam mit den Trägern der Projekte am 06. Juni 2013 ein Fachtag in den Räumen des Jugendamtes durchgeführt.

Im Bereich der Hilfen nach § 35a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte) wurden die fachlichen Zuständigkeiten für Schulbegleitungen an die Schulbehörde abgegeben. Allerdings ist die Wirtschaftliche Jugendhilfe des Jugendamtes weiterhin für die Umsetzung zuständig. Ambulante Therapien für z.B. Lese-Rechtschreib-Schwäche werden weiterhin auf hohem Niveau beantragt.

Projekte

ESF-Projekt Jugend Aktiv: Das bisherige Projekt ist zum Ende des Jahres ausgelaufen, kann aber mit leichten Veränderungen mit der Lawaetz Stiftung als Dachträger und dem IB als Kooperationspartner vor Ort fortgeführt werden.

Für das Netzwerk Frühe Hilfen haben die Mitarbeiterinnen der Träger Sprungbrett und Pestalozzi in enger Kooperation mit der Mütterberatung und den Seeyou-Babylotsen eine gemeinsame Arbeitsplattform entwickelt. Die Kapazität der Familienhebammen wurde in allen 3 Standorten um 10 Wochenstunden aufgestockt, ebenso die Mütterberatung in geringem Umfang.

In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe mit den Vier- und Marschlanden ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West ist das Projekt Nestlotsen vertreten.

In **Bergedorf Kern** ist der Träger Familienhelden mit dem Beratungsprojekt Kernkontor zugleich zuständig für das Handlungsfeld Gewaltprävention im Kindesalter für ganz Bergedorf sowie für das Handlungsfeld Frühe Hilfen/Eltern-AG.

Das Kita- Projekt NeWiS – Neue Wege – mit dem Träger HaKiJu wurde in 2013 erfolgreich weitergeführt.

In **Lohbrügge** ist der LEB geschäftsführender Träger. Er besetzt zugleich selbst mit einem Projekt Integrierte Kinder-und Familienhilfe das Handlungsfeld Familienförderung. Das daraus



resultierende KITA-Projekt ist gut angelaufen und konnte um ein Sprechstundenangebot an einer weiteren Kita verstärkt werden. Für das Handlungsfeld Schule betreibt der Träger MIKO

das Schulprojekt Trainingsraum in der Stadtteilschule Richard-Linde-Weg. Am Kinder- und Familienzentrum ist ein Angebot für suchtbelastete Familien entstanden, ebenso kann das Sozialberatungsangebot in 2013 durch Überführung der Familienförderungsmittel in die Zweckzuweisung SHA weiter angeboten werden. Im Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge Ost mit 4 Schulen und dem ReBBZ konnte die Zusammenarbeit mit dem Träger Sprungbrett vertieft werden.

Das ehemalige Parkantenhaus konnte nach Umbau als Baby-Oase die Arbeit der Frühen Hilfen verstärken und bietet die Möglichkeit für Gruppenangebote.

In **Neuallermöhe** sind weiterhin **zwei** geschäftsführende Träger eingesetzt:

1. Das DRK mit Kooperationspartner mittendrin! und dem Projekt Inklusive Sozialraum Angebote (**ISA**) decken das Handlungsfeld Familienförderung und Frühe Hilfen schwerpunktmäßig ab. Hier hat es eine Neuerung gegeben: Die Arbeit im bisherigen Spielhaus „Blaue Welle“ konnte durch zusätzliche SHA Projektmittel erhalten werden. Es wurde in ein Beratungs- und Gruppenangebot umgewandelt und ist jetzt Teil des Projektes.
2. Der Träger Sprungbrett e.V. bearbeitet mit den Kooperationspartnern IB und HaKiJu mit den Projekten *commit* und *Bewegte Zauberinsel* schwerpunktmäßig das Thema Familienförderung, Sozialberatung, Kita und Schule.

Das gemeinsame **Steuerungsgremium** tagte regelmäßig zweimonatlich, wobei ASD und die Träger der Projekte gemeinsam die Qualität und die Zielrichtung der Angebote überprüfen. Hier ist auch das Fachamt Sozialraummanagement mit eingebunden.

Gewaltprävention im Kindesalter (GiK)

Diese Aufgabe hat für Bergedorf weiterhin Bestand und ist zusätzlich für gemeinsame Falleinschätzungen in den ASD eingebunden (Schwerpunkt: Gewaltauffälligkeiten bei Kindern). Neben der Planung und Begleitung von verschiedenen Präventionsmaßnahmen wurden auch weiter Einzelfälle bearbeitet. Die präventive Beratung von Schulen und Kitas zur Krisenintervention wurden vermehrt eingefordert und ist weiter ausbaufähig. Aus Mitteln für die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote konnte für Unterstützungsangebote in Bergedorf ein eigenes GiK-Budget für 2013 realisiert werden.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	274	283	253
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	139	129	127
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	255	265	264
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher (gem. § 35a SGB VIII)	90	66	66
Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in T€*	20.303	21.908	19.431

* Neue Zählweise: Zusammenfassung aller Ausgaben von § 19 bis §42 SGB VIII



Pflegekinderdienst

Die neue Fachanweisung hat erheblich erweiterte Arbeitsaufträge für den Pflegekinderdienst mit sich gebracht. Es wurden Hamburg weit neue Verfahren erarbeitet und umgesetzt. Die Anwendung der neuen Fachanweisung PKD konnte durch die Einrichtung der zweiten Personalstelle gewährleistet werden.

Die Zahl der zu betreuenden Pflegeverhältnisse ist weiterhin, auch in den betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen, relativ konstant.

Erfreulicherweise steigt aber die Zahl der Pflegestellenbewerber in Bergedorf wieder leicht an. Bei den Pflegeverhältnissen liegt der Anteil der Verwandtenpflege bei ca. 50 %.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB) in der Betreuung von Pflegefamilien gestaltet sich weiterhin positiv. Die Aufgabe der Eignungsprüfung von Pflegestellen wurde und wird ausschließlich durch das Jugendamt anhand der Standards mit hoher Sorgfalt vorgenommen.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Im Bereich der **Beistandschaften** mussten die Fälle einzelfallbezogen überprüft und nach der veränderten BGH-Rechtsprechung der Rechtslage angepasst werden. Die Veränderungen in der für den Unterhalt maßgeblichen „Düsseldorfer Tabelle“ zum 01.01.2013 wurden im laufenden Geschäft berücksichtigt. Die damit verbundenen Erfordernisse sind im Wesentlichen umgesetzt, ebenso die Änderungen im familiengerichtlichen Verfahren. Die Fallzahlen im Bereich der Beistandschaften und Vormundschaften bleiben auf hohem Niveau, vor diesem Hintergrund auch die Arbeitsrückstände.

Mit 996 Beurkundungen wurde in diesem Jahr der absolute Höchststand erreicht.

Im Bereich der **Amtsvormundschaften** wurde der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel auch bei den neuen gesetzlichen Aufgaben gehalten. Es war sehr schwierig, die erheblich erweiterten gesetzlichen Anforderungen mit einer Obergrenze an Fallbelastung und regelmäßigen monatlichen Hausbesuchen umzusetzen. Mitte des Jahres verzeichnete sich ein Rückgang der Fallzahlen, dieser Trend hielt aufgrund der vielen Neuzugänge von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen nicht lange an. Bereits im Januar 2014 war wieder der alte Stand mit über 200 Mündeln erreicht.

Die nach wie vor sehr hohe Gesamtfallzahl in allen Tätigkeitsfeldern der Abteilung spiegelt den gesellschaftlichen Bedarf wieder. Sich verschärfende Konfliktlagen, Flüchtlingszuwanderung, Kinderschutzüberlegungen und gestiegene Erwartungen an die Rolle und praktische Ausübung der Vormundschaften im Sinne von Kinderschutz stellen eine besondere Herausforderung an Quantität und Qualität der Arbeit der Vormünder dar.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der Amtsvormundschaften	179	205	185
Anzahl der Beistandschaften	1.790	1.744	1.585
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	897	993	996



Kindertagesbetreuung

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kita und Tagespflege. Die Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen, die Prüfung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Angebote, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und deren Vermittlung. Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit für Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten. Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen zum Jahresbeginn wieder gut gelungen.

Die größte Veränderung ist hier die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für Kinder ab 1 Jahr. Dieser Rechtsanspruch gilt bis zum Schuleintritt, mit den Leistungsarten täglich 4 bzw. 5 Stunden mit und ohne Mittagessen. Durch die Einführung der Ganztagschule hat sich die Gesamtzahl der ausgestellten Gutscheine reduziert.

Seit 2012 finden gemeinsame Sitzungen mit allen Kita-Leitungen Bergedorfs und der Abteilung Kindertagesbetreuung zum Austausch für eine bessere Zusammenarbeit erfolgreich statt.

Um den Kontakt zu den Kitas zu intensivieren, haben weitere Besuche in einzelnen Kitas stattgefunden, diese sollen auch im Jahr 2014 fortgesetzt werden. Die im Jahr 2012 eingeführte zentrale Infoveranstaltung für alle Bezirke hat sich gut etabliert und soll fortgeführt werden.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen, Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) und Tagespflege	14.870	13.585	12.477

Unterhaltsvorschuss

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet. Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann. Der Abschnitt war in der Vergangenheit durch hohe Fluktuation geprägt. Aufgrund dieser Situation sind hohe Rückstände aufgelaufen und lange Bearbeitungszeiten entstanden.

Aufgrund der geringen personellen Besetzung ist, trotz Unterstützung aus dem Fachamt, mit einem Abbau der Rückstände und der Verbesserung bei der Heranziehung in ansehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Die Rückholquote bei den Unterhaltspflichtigen von 10 % der Ausgaben wurde in 2013 dennoch erreicht.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.269	1.355	1.325
Ausgaben nach dem UVG in T€	2.126	2.094	2.072
Einnahmen nach dem UVG in T€	237	226	232



3.4 Fachamt Gesundheit

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	26,49	31,50 ⁶	31,13

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Weitere Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Hervorzuheben aus der Arbeit des Gesundheitsamtes im Jahre 2013 sind:

- der Bergedorfer Gesundheitstag im November,
- der Aufbau der Familienteams im Rahmen des Projekts Frühe Hilfen und
- der ungebrochene Zustrom der Mütterberatung.

Einzelheiten hierzu sind den Beiträgen der einzelnen Fachdienste zu entnehmen.

Nachdem schon zuvor drei Asklepios-Rückkehrerinnen auf freie Stellen übernommen worden waren, wurden im Jahre 2013 auch die weiteren sieben Krankenschwestern und -pfleger aus dem Rückkehrer-Projekt in das Bezirksamt Bergedorf versetzt. Sie sind in verschiedenen Bereichen des Gesundheitsamtes tätig. Abschließend kann von einer erfolgreichen Integration der Rückkehrer gesprochen werden.

Drei Jahre nach dem Umzug an den neuen Standort am Weidenbaumsweg hat sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachämter im neuen Dienstleistungszentrum weiter gut entwickelt. Auch die Kunden sind mit dem zentralen Standort zufrieden. Zentrale Lage und behindertengerechter Zugang erleichtert den Besuch der Mütterberatung und des Patientenclubs.

Seit Anfang des Jahres veranstaltet das Gesundheitsamt wechselnde Ausstellungen regionaler Künstler in den Räumen des Dienstleistungszentrums. Bisher haben 6 Künstler ausgestellt.

⁶ Das höhere Beschäftigungsvolumen entsteht durch die Übernahme der Asklepios-Rückkehrer.



Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig.

Im Jahr 2013 fanden im Bezirk Bergedorf schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit und der Seniorengesundheit statt. Die Bergedorfer Gesundheitsgespräche wurden weitergeführt. Diese informieren die Bürgerinnen und Bürger Bergedorfs zu wichtigen Gesundheitsthemen. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) wurden zwei Veranstaltungen im Haus im Park (HiP) zu den Themen *Hautkrebs* und *Rheuma* durchgeführt. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht.

Im November fand unter dem Motto *Gemeinsam gegen das Erstarren. Ich habe Parkinson - Was nun?* der Bergedorfer Gesundheitstag statt. Der Tag wurde in Kooperation mit der deutschen Parkinson Vereinigung e.V. Hamburg durchgeführt. In Vorträgen und Gesprächsrunden wurde das Thema aus medizinischer und persönlicher Sicht erläutert. An Informationsständen bestand die Möglichkeit zu ausführlichen Beratungen. Darüber hinaus gab es Angebote, die zum Kennenlernen von Bewegung und Sport bei Parkinson einluden. Der Bergedorfer Gesundheitstag hat eine große Zahl von Betroffenen und Angehörigen erreicht. Insbesondere die vielfältigen Bewegungsangebote stießen auf sehr positive Resonanz.

Die Gesundheitsförderung und Prävention gegen Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen wurde weiter fortgeführt. In Kooperation mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg wurden die Flyer mit *Informationen für Lehrerinnen und Lehrer* über mögliche Kooperationspartner/innen, Beratung, ambulante Hilfe sowie Präventions- und Therapieprogramme überarbeitet und neu aufgelegt. In Kooperation mit Sprungbrett e.V. und dem Projekt Integration durch Bildung wird für Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klasse an der Stadtteilschule Lohbrügge ein Entspannungskurs durchgeführt.

Der Wegweiser für Seniorinnen und Senioren in Bergedorf wurde im April 2013 veröffentlicht.

Die Netzwerkarbeit zum Thema Demenz wurde weiter ausgebaut. In Bergedorf hat sich Anfang des Jahres das Demenznetzwerk Bergedorf gegründet; federführend ist das Haus im Park. Das Gesundheitsamt hat den Aufbau und die ersten Maßnahmen des Netzwerkes unterstützt und in der Arbeitsgruppe „Leben mit Demenz im Quartier“ der *Hamburger Landesinitiative Demenz* mitgewirkt. Seit Mitte des Jahres wird der Aufbau des *HAW Quartiersprojektes Leben mit Demenz in Hamburg* unterstützt. Das Modellprojekt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften findet bis Mitte 2015 in Lohbrügge statt.

Das Bezirksamt beteiligt sich am Pakt für Prävention *Gesund alt werden & Gesund leben und arbeiten in Hamburg!*

Amtsärztliche Gutachten

Seit dem tragischen Tod eines Mädchens, das in Hamburg-Mitte von drogensubstituierten Pflegeeltern betreut wurde, werden alle Pflegeelternbewerber und deren Haushaltsangehörigen amtsärztlich untersucht. Darüber hinaus wird im UKE ein Drogentest durchgeführt. Bergedorf ist

nicht nur für Pflegeeltern zuständig, die im Bezirk wohnen, sondern auch für solche aus umliegenden Landkreisen.

Im Jahre 2013 wurden in Bergedorf bei 41 Pflegeelternbewerbern und deren Haushaltsangehörigen amtsärztliche Untersuchungen durchgeführt.



Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Bei dem originär vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit und reduziertem Hilfesuchverhalten. Hier hat die aufsuchende und motivierende Arbeit, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung.

Ferner werden Angehörigenberatungen und Beratungen des sozialen Umfeldes von psychisch kranken Menschen weiterhin nachgefragt.

Neben Beratung und Krisenintervention begutachtet der Sozialpsychiatrische Dienst für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 402 Stellungnahmen/Gutachten erstellt.

Es werden regelmäßig Gruppentreffen für Betroffene angeboten. Traditionell trifft sich an jedem Montag der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus finden einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug und eine externe Weihnachtsfeier des Patientenclubs statt.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich innerhalb und außerhalb des Bezirkes. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Beratungsstelle für Körperbehinderte

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. In der Beratungsstelle teilen sich zwei Sozialpädagoginnen eine Stelle; für ärztliche Fragen stehen zusätzlich Ärzte aus anderen Bereichen des Gesundheitsamtes sowie ein für alle Bezirke tätiger Facharzt für Unfallchirurgie zur Verfügung.

Zusätzlich zu komplexen gesundheitlichen und sozialen Problemlagen der Klienten ist ein Zuwachs an psychisch belasteten und auffälligen sowie schwerstpflegebedürftigen körperbehinderten Menschen zu verzeichnen. Der aufsuchenden Arbeit kommt eine zunehmend bedeutende Rolle zu. Die gestiegene Anfrage nach selbstbestimmten und individuellen Versorgungsmodellen (Arbeitgebermodell, persönliches Budget, Beschäftigung ausländischer Pflegekräfte) stellen die Beratungsstelle vor besondere Herausforderungen.

Die Netzwerkarbeit wurde im Jahre 2013 weiter ausgebaut.

Es fanden Austausche mit dem Projekt Sozillotsen für den Bezirk Bergedorf und dem Beratungszentrum für technische Hilfen und Wohnraumanpassung in der Richardstraße statt.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in



Krisensituationen und bietet Beratung für Institutionen wie Jugendamt, Schulen, Kindergärten etc. und natürlich für Familien in Bergedorf an. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für geistig, seelisch oder mehrfach behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen. Insgesamt ist seit einigen Jahren eine deutliche Zunahme der Gutachtaufträge zu verzeichnen. Wurden im Jahre 2011 noch 229 Gutachten erstellt, stieg die Zahl im Berichtsjahr auf 342.

Die Gutachtenentwicklung und der zunehmende Bedarf an Beratung stellen eine große Herausforderung an das kleine Team dar, in dem eine Sozialpädagogin in Teilzeit und zwei Fachärztinnen, die sich eine Stelle teilen, tätig sind. Zwischenzeitliche personelle Ausfälle erforderten eine Umverteilung eines Teils der Arbeit auf andere Ärztinnen und Sozialpädagoginnen aus dem Schulärztlichen Dienst und dem Sozialpsychiatrischen Dienst. Nach dem Weggang einer Kinder- und Jugendärztin zum Ende des Jahres 2013 wird voraussichtlich Anfang April 2014 eine neue Fachärztin ihre Arbeit im JpD aufnehmen.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der Klienten im SpD	875	785	803
Anzahl der Gruppentermine im SpD	48	49	50
Anzahl der Klienten im JpD	285	353	370
Anzahl der Klienten in der Beratungsstelle für Körperbehinderte	360	365	382
Anzahl der ärztlichen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1339	1204	1218
davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE)	1032	650	777
davon für die ARGE	30	96	65
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	21	23	31

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst den Schulärztlichen Dienst, den Schulzahnärztlichen Dienst und die Mütterberatung.

Schulärztlicher Dienst

Der Schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.



Die Schulärztinnen sind zusätzlich in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Im Schuljahr 2012/2013 wurde bei den Schuleingangsuntersuchungen eine Untersuchungsquote von 100 % erreicht. Neben den Schuleingangsuntersuchungen sind alle dringlichen Fälle und alle von den Schulen gemeldeten Kinder schulärztlich untersucht worden.

Im November und Dezember 2013 wurden Gripeschutzimpfungen durchgeführt, besonders für ältere und chronisch kranke Bürger.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse). Das Team des Schulzahnärztlichen Dienstes besteht aus einer Zahnärztin, einer Zahnarzhelferin und einer Prophylaxehelferin.

Wegen des krankheitsbedingten Ausfalls der Schulzahnärztin konnten im Schuljahr 2012/2013 zu Beginn noch zahlreiche Kita-Kinder, aber insgesamt nur wenige Schulkinder zahnärztlich untersucht werden. Ab August wurde eine Zahnärztin für einen Tag in der Woche als Vertretung eingestellt, so dass im 3. und 4. Quartal des Kalenderjahres 2013 wieder in höherem Umfang in den Schulen untersucht wurde.

Die Kariesprophylaxehelferin, deren halbe Stelle über die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg (LAJH) finanziert wird, führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Im Schuljahr 2012/2013 wurden 957 Fluoridierungen bei 513 Grundschulern durchgeführt.

Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zusätzlich werden auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung angeboten. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby und koordinieren weiterführende Hilfen. Die Mütterberatung beteiligt sich aktiv an der Umsetzung des Bezirkskonzeptes „Frühe Hilfen Hamburg“ im Rahmen des Landesprojektes „Guter Start für Hamburgs Kinder“ - unterstützt durch die Bundesinitiative Frühe Hilfen.

Im Jahr 2013 war es möglich, jeder Bergedorfer Familie mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, einen Hausbesuch anzubieten. Diese Hausbesuche wurden gut angenommen. Sie werden mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in

Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern.

An zwei Standorten (Elternschule Bergedorf-West und Gesundheitsamt) werden Kurse für Babymassage angeboten. Eine Kinderkrankenschwester des Mütterberatungsteams hat sich darin qualifiziert. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen und es einfühlsam zu berühren.



„Ernährung im ersten Lebensjahr“ als weiteres Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wird sehr positiv von den Eltern angenommen. Termine für das Jahr 2014 sind schon geplant.

Die Sprechstunden der Mütterberatung an vier verschiedenen Standorten im Bezirk wurden kontinuierlich durchgeführt, auch unter Beteiligung der Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes. Ein besonderes Angebot in den Sprechstunden und in vereinbarten Einzelterminen ist die Tragetuchberatung. Eine Krankenschwester des Teams hat sich auf diesem Gebiet entsprechend fortgebildet. Das Beratungsangebot der Mütterberatung wird in Bergedorf sehr gut angenommen und in immer höherem Maße nachgefragt. Die deutliche Steigerungsrate der Beratungszahlen um mehr als 40 % im Jahr 2012 wurde 2013 gehalten und sogar noch etwas gesteigert.

Die Mütterberatung hat sich 2013 an verschiedenen Arbeitskreisen und Netzwerken z. B. dem Runden Tisch Bergedorf zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“ beteiligt.

Aufbau von Familienteams

Eine besondere Aufgabe im Jahr 2013 war der Aufbau von Familienteams in Bergedorf im Rahmen des Landesprojektes „Guter Start für Hamburgs Kinder“ durch die Leitung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dortiger Federführung.

In den Familienteams arbeiten die Familienhebammen und Sozialpädagoginnen der bisherigen Familienhebammenprojekte und die Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern der Mütterberatung verbindlich zusammen. Sie haben die Schlüssel- und Lotsenfunktion für das bezirkliche Hilfesystem der Frühen Hilfen und leisten aufsuchende Arbeit im Rahmen der Arbeitsteilung im Netzwerk. An den Standorten KiFaZ Lohbrügge, KiFaZ Neuallermöhe und Oberer Landweg arbeiten jetzt das Familienteam Lohbrügge, zuständig für Lohbrügge, das Familienteam Neuallermöhe, zuständig für Neuallermöhe und Vier- und Marschlande, und das Familienteam Nestlotsen, zuständig für Bergedorf West und Kerngebiet. Damit wird die Versorgung des gesamten Bezirkes Bergedorf gewährleistet. Mit den Babylotsen Hamburg, die schon in den Geburtskliniken Mütter/Familien mit speziellem oder umfassendem Hilfebedarf identifizieren sollen, ist eine verbindliche Zusammenarbeit vereinbart worden.

Die Mütterberatung hat sich 2010 an verschiedenen Arbeitskreisen und Netzwerken z.B. dem Runden Tisch Bergedorf zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“ beteiligt.



Schulärztlicher Dienst

Kennzahlen	2011	2012	2013
Untersuchungen gem. § 34 (4) HmbSchulG	67	18	27
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)	965	1064	1167
Allgemeine Betreuung/ Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule)	44	58	36
Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z.B. Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs)	174 ⁷	106	60
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	121	132	77

Mütterberatung

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	1217	1734	1769
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	677	566	491 ⁸

⁷ Die hohe Zahl erklärt sich durch eine Welle von Anträgen im Rahmen der Inklusion an Schulen, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (also schon im Schuljahr 2011/12) gestellt wurden.

⁸ Die niedrigere Anzahl hängt mit einem 6-monatigem krankheitsbedingtem Ausfall einer vollzeitbeschäftigten Krankenschwester zusammen.



Schulzahnärztlicher Dienst

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule	7247	7204	7115
davon 85% = Soll	6557	6123	6048
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	6623	6641	374
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	86	92	5
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	2392	1826	2000
Zahnärztliche Gutachten	53	36	30

Gesundheitsschutz

Gesundheitsaufsicht

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet die Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen (Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölkerung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen, Kindertagesstätten sowie in Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen sowie bei Heilpraktikern.

Im Jahr 2013 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser und Kindereinrichtungen zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt. Das Gesundheitsamt führt zusammen mit dem Institut für Hygiene und Umwelt eine Pilottestung von elektronischen Fragebögen zur Ermittlung des Risikoscores von Krankenhäusern durch.

Insgesamt 21 Arztpraxen wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft.

Im Rückblick auf die Influenzapandemie und den EHEC-Ausbruch in Norddeutschland wurden zwei Mitarbeiterinnen aus anderen Fachdiensten in die Erhebung und Übermittlung infektionsepidemiologischer Daten eingewiesen. Dadurch will sich die Gesundheitsaufsicht auf mögliche Krisen in der Zukunft vorbereiten

Seit Ende des Jahres bis März 2014 unterstützt das Gesundheitsamt zusammen mit den anderen Gesundheitsämtern das Gesundheitsamt Nord bei der Untersuchung und Impfung von Asylbewerbern in der Erstunterkunft Sportallee.



Kennzahlen	2011	2012	2013
Bearbeitete Meldungen von infektiösen Erkrankungen	1192	1550	1491
Anzahl der jährlichen Hygieneprüfungen in Krankenhäusern (insgesamt 3 Einrichtungen)	4	3	4
Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene (GA 31)	8	3	1
Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen	16	18	18

Wohn-Pflege-Aufsicht

Die Wohn-Pflege-Aufsicht berät ältere, behinderte und auf Betreuung angewiesene Bewohnerinnen und Bewohner sowie Angehörige. Ebenso gilt das Beratungsangebot für Betreiber von Einrichtungen und Personen mit berechtigtem Interesse.

Das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz ist die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht. Hierunter fallen:

- Servicewohnanlagen (ehemals betreutes Wohnen)
- Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige
- Wohneinrichtungen für Senioren (alt: Heime)
- Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen
- Tagespflegestätten und Hospize
- Ambulante Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe

Die Wohn-Pflege-Aufsicht führt Kontrollen durch und prüft die Qualität der Pflege- und Betreuungsleistungen. Das Ziel ist, die Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen und insbesondere die Selbstständigkeit bzw. Teilhabe sowie die Selbstverantwortung zu wahren. Neben den Aufgaben als Kontroll- und Beratungsinstanz ist die Wohn-Pflege-Aufsicht auch Beschwerdestelle für die oben aufgeführten Zielgruppen.

Themenschwerpunkte in 2013 bei der Überprüfung von Wohneinrichtungen für Senioren und der Eingliederungshilfe waren Personal und Qualitätsmanagement. In drei Einrichtungen der Senioren war ein hoher Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verzeichnen. Darüber hinaus wurden häufig Mängel in der Umsetzung des Beschwerdemanagements festgestellt. Im Juli wurde im Rahmen eines Testverfahrens der von der Gesundheitsbehörde vorgelegte Prüfkatalogentwurf in 3 Wohneinrichtungen auf seine praktische Anwendbarkeit getestet. Die Prüfungen und die Nachbereitung wurde von externen Wissenschaftlern der HAW Hamburg begleitet. Das Abschlussergebnis liegt dem Gesundheitsamt bisher noch nicht vor.

Beschwerden von Bewohnern und Angehörigen machen einen zunehmenden Teil der Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht aus. Im Berichtsjahr gingen im Bereich Wohneinrichtungen 23 Beschwerden, im Bereich Servicewohnen drei und im Bereich der ambulanten Pflegedienste fünf Beschwerden ein. Diese Beschwerden zogen teilweise langwierige Prüfungen in den Einrichtungen nach sich. In allen Prüfungen der ambulanten Pflegedienste wurden Mängel im Bereich Pflege, Dokumentation sowie Abrechnung festgestellt.



Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der regelhaften Überprüfungen von Wohneinrichtungen	17	17	11
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	28	17	31

4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: Uwe Czaplenski, Tel. 42891-4040

Kennzahlen	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	178,78	181,80	178,22
Sachkostenbudget in €			
Ansatz und Rest Vorjahr Soll	150.810	158.079	142.628
Ausgaben übertragbarer Rest Ist	140.300 0	144.516 0	126.445 0
betreute Fachausschüsse	Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur.		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung	50	47	36
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote	41	35	37
davon öffentliche Ausschreibungen	2	0	1
davon beschränkte Ausschreibungen	39	35	36
Einnahmen insgesamt in €			
Soll	5.969.688	5.799.686	5.807.632
Ist	5.799.796	5.642.392	5.650.338
Ausgaben insgesamt Ist	17.491.288	18.017.245	17.382.198

Im Dezernat sind im Wesentlichen die technisch-baulichen und ökonomischen Dienstleistungen des Bezirksamtes in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung, Management des öffentlichen Raumes, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sowie dem Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt konzentriert.



4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Klaus Wittmann (kom.)

Kennzahlen		2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen am 31.12.		10,82	11,22	11,51
Einnahmen in €	Soll	11.056	38.734	45.766
	Ist	11.056	36.710	47.091
Ausgaben in €		389.501	286.785	396.567
Anzahl der eingeleiteten bezirklichen Bebauungspläne (Grobabstimmung) und sonstigen Verordnungen am 31.12. * / **		18	15	24
Größe der aktiven Bebauungsplanverfahren in ha am 31.12.		458	377	330
Anzahl der bezirklichen Bebauungspläne, die Vorweggenehmigungsreife erlangt haben **				5
Anzahl städtebauliche Verträge und Durchführungsverträge **				4
Anzahl der teilräumlichen Planungen und sonstiger Konzepte **				5
Anzahl der bezirklichen Wettbewerbsverfahren **				4
Anzahl der öffentlichen Veranstaltungen (z.B. ÖPD, Stadtwerkstatt, sonstige Anhörungen) * / **				3

* Mit diesem Tätigkeitsbericht werden erstmalig die Kennzahlen berücksichtigt, die zukünftig im Rahmen der strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens (SNH) erhoben werden. Die mit „*“ gekennzeichneten Zahlen bis 2012 sind daher mit denjenigen ab 2013 nur bedingt vergleichbar, die mit „**“ gekennzeichneten Zahlen werden ab 2013 neu erhoben.

Aufgabe und Entwicklung 2013

Allgemeines

Aufgrund der Aufgabe als Federführer für alle Bezirke im Bereich der Stadtplanung kommt es zu einem deutlich höheren Aufwand als in vergleichbaren Fachämtern. Dies hat sich auch im Jahr 2013 niedergeschlagen, als im Zusammenhang mit Entflechtungs- und Konsolidierungsmaßnahmen sowie im Bereich des Wohnungsbaus eine besonders große Zahl von Drucksachen, parlamentarischen Anfragen u. dgl. federführend abzustimmen waren. Mit sehr großem Aufwand verbunden war zudem die federführende Organisation der Vergabe und Betreuung der bezirksübergreifenden Wohnungsmarktanalyse, die Eingang in die bezirklichen Wohnungsbauprogramme 2014 gefunden hat. Ebenso hat das Fachamt federführende und steuernde Aufgaben auf dem Gebiet der elektronischen Bauleitplanung und Planungsinformationssysteme geleistet, die sehr personal- und zeitintensiv waren.

Mit besonderem Engagement seiner Mitarbeiter/innen hat das Fachamt die Herausforderungen angenommen.



Übergeordnete Planung

Wohnungsbau

2013 war die Schaffung planerischer Voraussetzungen für die Entwicklung des Wohnungsbaues erneut das bestimmende Thema für das Fachamt.

Erfreulicherweise konnte das Ziel von 600 genehmigten Wohneinheiten in 2013 erreicht bzw. knapp überschritten werden. Das Wohnungsbauprogramm wurde erneut fortgeschrieben, diesmal angereichert durch eine Wohnungsmarktanalyse, die das Institut GEWOS erstellt hat.

Schwerpunkte der Wohnbauentwicklung bilden nach wie vor die Bereiche rund um den Schleusengraben, nördlich des Reinbeker Redder und Neuallermöhe-West. Die Entwicklung dieser Flächen konnte soweit vorangetrieben werden, dass nunmehr deutlich konkretere Aussagen über die Realisierungszeiträume dieser Flächen möglich sind. Begünstigt wurde dies durch erfreulich umfangreiche Aktivitäten der tlw. neuen Eigentümer und der Investoren, die zunehmend Interesse an Bergedorf zeigen.

Konkret betrifft dies vor allem die Flächen zwischen Weidenbaumsweg und Schleusengraben und nördlich des Reinbeker Redder. Die dort vorhandenen gravierenden Entwicklungshemmnisse der vergangenen Jahre konnten weitestgehend gelöst werden, so dass eine Entwicklung und Bebauung dieser Flächen in den nächsten Jahren realistisch erscheint. Auch die Entwicklung der städtischen Flächen in Neuallermöhe-West schreitet voran.

Mit der Bebauung von Wohnbauflächen geht auch der Anspruch einher, eine möglichst qualitätsvolle Entwicklung auf den Weg zu bringen. Zu diesem Zweck wurden städtebauliche Wettbewerbs- bzw. Gutachterverfahren für die Flächen

- Hirtenland
- Bergedorfer Tor
- Wohnen am Mohnhof
- Avenberg in Ochsenwerder

initiiert.

Großen Raum eingenommen hat 2013 auch wieder das Thema öffentliche Unterbringung. Seitens des Fachamtes mussten in erster Linie Flächen identifiziert und bewertet werden.

Entwicklungen im Bergedorfer Zentrum

Erfreulich für Bergedorf sind die Entwicklungsmöglichkeiten im Bergedorfer Zentrum. Auf sehr innenstadtnah gelegenen Flächen bieten sich Potenziale für attraktiven Wohnungsbau, weitere zentrumstypische Nutzungen und die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Flächen

- Bergedorfer Tor,
- Wohnen am Mohnhof und
- Lichtwarkhaus/-quartier.

Für den Bergedorfer Hafen und die Alte Holstenstraße zwischen Sachsentor und Weidenbaumsweg wurde eine Stadtwerkstatt angeregt, die 2014 umgesetzt werden soll.

Schleusengraben

Die Entwicklung am Schleusengraben konzentriert sich nach wie vor auf drei große Flächen, auf denen insgesamt über 1.000 Wohnungen und etliche Gewerbebetriebe entstehen können, sowie auf die Herstellung von Wegeverbindungen und einer Brücke über den Schleusengraben:



- Glasbläserhöfe: Die Entwicklung der Fläche wurde 2013 deutlich vorangetrieben. Bauanträge wurden für insgesamt drei Baufelder, eines davon im öffentlich geförderten Wohnungsbau genehmigt. Weitere zwei Baufelder werden voraussichtlich in 2014 genehmigt. Nördlich dieser Flächen wurde ebenfalls eine Entwicklung mit ca. 85 Wohnungen und Gewerbe angestoßen.
- Wohnen am Weidensteg: 2013 konnten für diese Fläche deutliche Entwicklungsfortschritte erzielt werden. Seitens der Eigentümer hat es Signale gegeben, dass die Altlastenproblematik bewältigt werden kann. Das Bebauungskonzept wurde weiter abgestimmt und ausgearbeitet.
- Schleusengärten: Die Anhandgabe des städtischen Teils des Wohngebietes ist in 2013 ausgelaufen, ohne dass von dem Privateigentümer ein Wohnungsbauinvestor präsentiert werden konnte. Derzeit werden Verhandlungen geführt, wie es trotzdem zu einer Entwicklung der Flächen kommen kann.
- Wegeverbindung: Die Planungen hierfür konzentrieren sich inzwischen auf den westlichen Uferbereich, da hier zügiger eine durchgehende Wegeverbindung und eine direkte Verbindung zwischen dem Bergedorfer Zentrum und den Vier- und Marschlanden hergestellt werden kann, die zudem auch näher an den vorhandenen Wohngebieten liegt. In Zusammenarbeit mit dem Fachamt Management des öffentlichen Raums wurden die Planungen inzwischen konkretisiert und mit anliegenden Eigentümern weitestgehend abgestimmt. Realisierungen erfolgen i.d.R. schrittweise im Zusammenhang mit den Flächenentwicklungen.
- Brücke: Der Standort der Brücke soll auf der Höhe der alten HMG-Hallen bzw. geringfügig weiter nördlich liegen. Der genaue Standort wird im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens ermittelt, welches auch eine ansprechende Gestaltung hervorbringen soll.

Vier- und Marschlande

Bedeutendes Thema war in 2013 erneut die Wohnbauentwicklung. Schon früh konnte hier innerhalb des AK Vier- und Marschlande, der auch in 2013 in unregelmäßigen Abständen tagte, eine Verständigung zwischen Bezirksamt und Politik erreicht werden.

Großen Raum eingenommen hat auch das Thema Einzelhandelsentwicklung an den Standorten Süderquerweg und Neuengamme. Längere Diskussionen haben letztendlich dazu geführt, dass hier zwei Wettbewerbsverfahren initiiert wurden, die sowohl städtebaulich als auch gestalterisch anspruchsvolle Lösungen hervorbringen sollen, letztendlich auch, um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen.

In Ochsenwerder wurde eine Stadtwerkstatt auf den Weg gebracht, in der Bürger und Betroffene, Politik und Verwaltung gemeinsam eine Entwicklungsperspektive für den Ortsteil entwickeln wollen. Zwei konstruktive Sitzungen haben in 2013 bereits stattgefunden; der Abschluss wird voraussichtlich nach fünf Werkstätten im April 2014 erfolgen.

Ein weiteres und bedeutendes Thema waren in 2013 die Schulentwicklungen und –ausbauplanungen im gesamten Bezirksamtsgebiet. Diese binden auch im Fachamt erhebliche Kapazitäten. Zu erwähnen ist hier insbesondere die Stadtteilschule Kirchwerder.

Bebauungsplanung

Im Wesentlichen wurden im Jahr 2013 folgende Leistungen erbracht:

Neun Planverfahren wurden neu eingeleitet: Bergedorf 40 (Hinterm Graben, Änderung), Bergedorf 82 (Edith-Stein-Platz, Änderung), Bergedorf 112 (Bergedorfer Tor), Bergedorf 113 (Weidensteg), Bergedorf 114 / Lohbrügge 91 (Moosberg), Kirchwerder 32 (Kirchwerder Hausdeich ~188), Lohbrügge 10 (Alte Holstenstraße, Änderung), Lohbrügge 68 (Havighorster



Weg, Änderung) sowie ein Verfahren zur Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungsverordnung im Bereich der Feuerwehr Krauel.

Für das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 112 wurde eine öffentliche Plandiskussion durchgeführt.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden drei Planentwürfe abgestimmt: Bergedorf 40, Kirchwerder 24 und Lohbrügge 10,

Drei öffentliche Auslegungen fanden für folgende Bebauungsplanentwürfe statt: Bergedorf 40, Bergedorf 104 / Curslack 19 (Schleusengraben) und Lohbrügge 10.

Folgende vier Bebauungspläne wurden festgestellt: Allermöhe 27, Bergedorf 40, Bergedorf 110 (Glasbläserhöfe) und Lohbrügge 10.

Das Bebauungsplanverfahren Kirchwerder 32 wurde aufgehoben.

Zwecks Einleitung eines Verfahrens zur planungsrechtlichen Sicherung und Entwicklung von privaten Grünflächen im Raum Kirchwerder / Zollenspieker wurden Voruntersuchungen, insbesondere Gespräche mit Grundeigentümern durchgeführt.

Für den Bebauungsplan Curslack 20 wurden Prüfungen hinsichtlich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, der Straßenverkehrsfläche und zum vorgesehenen Überschwemmungsgebiet durchgeführt.

Im Hinblick auf das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 108 / Altengamme 11 wurden Prüfungen zur Verwendung der aufstehenden Erdablagerungen veranlasst.

Für die Darstellung von Überschwemmungsgebieten wurden eventuelle Konflikte mit vorhandenem und vorgesehenem Planungsrecht aufgezeigt.

Im Rahmen der fachlichen Federführungsaufgaben mit Bezug auf Bauleitplanung wurden u.a. folgende Leistungen erbracht:

- Mitarbeit an der Neufassung der Globalrichtlichtlinie „Kostenbeteiligung in der Bauleitplanung“;
- Vertretung der Bezirksamter im Transparenzboard zum hamburgischen Transparenzgesetz; im Zusammenhang mit diesem Gesetz erfolgten außerdem Teilnahmen an Workshops und behördenübergreifenden Abstimmungsgesprächen zur Umsetzung des Gesetzes;
- Inhaltliche Vorbereitung und Abstimmung von fachspezifischen Fortbildungsveranstaltungen.

Das Jahr 2013 stand außerdem im Zeichen der Einführung der Anwendung Bauleitplanung online (BOP) in Hamburg. Folgende, teilweise projektleitende Aufgaben, waren zu erfüllen: Mehrtägige Schulungen für die Sachbearbeiter wurden vorbereitet und durchgeführt. Außerdem erfolgte eine maßgebliche Mitarbeit an der Endredaktion des Handbuchs. Für die Träger öffentlicher Belange wurde eine Informationsveranstaltung vorbereitet und durchgeführt. Im Zuge der Einführung von BOP waren wegen der veränderten Arbeitsumgebung für die Bauleitplanung in Hamburg detaillierte und neue Arbeitsabläufe behördenübergreifend und in Abstimmung mit externen Dienstleistern zu entwerfen und weiterzutragen.

In Bergedorf ist auch die Verfahrensbetreuung von BOP angesiedelt, die mit Einführung des Systems ihre Arbeit aufgenommen hat. Anregungen betreffend die Weiterentwicklung der Anwendung wurden ebenso wie Programmfehler erfasst und bewertet und an die fachliche Leitstelle zur Bearbeitung weitergereicht.

Darüber hinaus hat u.a. das Bezirksamt BOP bei einem bundesweiten Fachaustausch in Hamburg vorgestellt und diskutiert.

Die Unterstützung der Bezirke bei der Erstellung der Metadatenserie „festgestellte Bebauungspläne“ für den Hamburger Metadatenkatalog wurde abgeschlossen.



Im Rahmen der elektronischen Bearbeitung von Baugesuchen wurde für die so genannte „Datendrehscheibe“ ein Arbeitsablauf für die Fachämter Stadt- und Landschaftsplanung erarbeitet und den Bezirken vorgestellt.

Der „Arbeitskreis digitale Bauleitplanung“ wurde als regelmäßige Veranstaltung wieder aufgenommen.

Neben der Betreuung verschiedener Planungsinformationssysteme wurde an der Entwicklung einer Verfahrensdatenbank für Hamburger Bebauungsplanverfahren mitgearbeitet. Weiterhin erfolgten bezirksübergreifende Abstimmungen zur Leistungsfähigkeit der elektronischen Infrastruktur. Nicht zuletzt wurde die Lizenzierung neuer Software mit Bedeutung für die Stadt- und Landschaftsplanung inhaltlich federführend geprüft.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beratung von Bürgern, Vorhabenträgern, Behörden und politischen Gremien
- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Überwachung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontroll- und Vergleichsverfahren
- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen
- Presse- und Internetarbeit

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu schaffen, näher gekommen.

Landschaftsplanung

Hamburg erarbeitet ein Biotopverbundkonzept; die bezirkliche Mitwirkung bei der Flächensuche wurde fortgesetzt.

Die Entwicklung der Schleusengrabenachse wurde landschaftsplanerisch weiterhin begleitet und trat nunmehr in die weitere Realisierungsphase. Zur Vorbereitung der Bebauung von Teilabschnitten wurden Ersatzflächen als Ausgleich für den Verlust von gesetzlich geschützten Biotopen gesucht und das Aufwertungspotential ermittelt.

Teile des vorgesehenen Gewerbegebietes östlich Curslacker Neuer Deich stehen aufgrund von Bodenuntersuchungen vorläufig unter Naturschutz. Aufgrund des Nachweises einer besonders geschützten Tierart (Zierliche Tellerschnecke - *Anisus vorticulus*) werden umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, die mit zwei Gutachten zur Umsiedlung der Tellerschnecke und zum Monitoring einhergehen. Das Fachamt begleitete auch im Jahr 2013 die Experten und das Programm, beantwortete Anfragen aus Politik und Presse und überwachte den Haushalt. Diese Maßnahme ist für Hamburg einmalig und neu. Das Vorhaben steht im besonderen öffentlichen Interesse.

Der in 2007 begonnene LEADER-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume wurde fortgesetzt, der Antrag auf Förderung der Ausarbeitung und Umsetzung eines „Touristischen Leitsystems“ Vier- und Marschlande das ab 2014 umgesetzt werden soll, wurde genehmigt. Die Klärung zur Umsetzung des „Reitwegekonzeptes“ nahm geraume Zeit in Anspruch, da neben technischen Schwierigkeiten auch die Eigentums-, Pacht- und Nutzungsverhältnisse umfangreicher Klärungen bedurften, die noch nicht abgeschlossen sind.

Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Die Ideen für die Kulturlandschaften auf dem Gartenschau Gelände sind umgesetzt worden. Die Kulturlandschaften und insbesondere die



Vier- und Marschlande konnten mit ihren Aktionen und Programmpunkten sehr viele interessierte Besucher gewinnen, die Mitmachangebote fanden großen Anklang. Die

Gestaltung der Kulturlandschaft fand ein positives Echo. Die (EU-geförderte) Feldentwässerungsmühle hat an der Tatenberger Schleuse zusammen mit Bänken und Wackelschafen ihren endgültigen Standort am Eingangsbereich zum ländlichen Raum gefunden. Das Regionalmanagement arbeitete in enger Zusammenarbeit mit den anderen vier Kulturlandschaften, wodurch Synergieeffekte erzielt werden konnten.

In der verbindlichen Bauleitplanung wurde die Betreuung aller laufenden Huckepack-Bebauungspläne fortgesetzt. Die gesetzliche Beachtung des Artenschutzrechts (insbesondere Vögel, Fledermäuse und Amphibien) bildet einen Schwerpunkt der Arbeit. Streng geschützte Arten, stellen die Planungen vor immer neue Herausforderungen, die zusammen mit den Fachbehörden in einem intensiven Austausch geklärt werden müssen.

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Christoph Lindemann, Tel. 42891-2277

Kennzahlen		2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen am 31.12.		110,09	109,90	107,35
Einnahmen in EUR ¹⁾	Soll	2.236.819 ²	1.802.517 ²	1.350.441 ²
	Ist	2.101.974 ²	2.007.928 ²	1.351.293 ²
Ausgaben in EUR		16.334.614	16.740.421	16.381.209

1) Gebühren, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zwangs- und Bußgelder, Arbeiten für fremde Rechnungen u.a.

2) inkl. Einnahmen (z.B. von Bauträgern), die Maßnahme bezogen auch ausgabewirksam werden

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhaltung aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirksamtes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wurde für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt, die Einhaltung des Hundegesetzes sowie die Überwachung des ruhenden Verkehrs sichergestellt.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.

2013 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

Straßen- und Tiefbauprojekte:

- Diverse Maßnahmen im Rahmen des Programmes integrierte Stadtteilentwicklung, RISE: Abschluss Quartiersstraßen Bergedorf-Süd 1. BA, Neugestaltung Platz am Pool, Planung und Umbau Alte Holstenstraße von Lohbrügger Markt bis Ludwig-Rosenberg-Ring
- Abschluss der Arbeiten am Zollenspieker Fährhaus: Erneuerung der Uferbefestigung und Herrichtung der Außenanlagen mit Förderung durch EU-Mittel



- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm 2013: z. B. Moorfleeter Kirchenweg, von Kirche bis Moorfleeter Deich, Heinrich-Stubbe-Weg, von Neuengammer Hinterdeich bis Fersenweg, Fortsetzung der Sanierung von Straßengräben am Curslackter Heerweg
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen wie der Fertigstellung der Straße Op den Hoogen, der Erschließungen Glasbläserhöfe, Schleusengärten und Weidenstieg sowie der Erschließung Kurt-A-Körper-Chaussee (OBI-Markt)
- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen (z.B. Mette-Harden-Straße)
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West (z.B. Hans-Stoll-Straße)
- Vorbereitung und Bau von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“
- Vorbereitung und Ausführung von Deckenerneuerungsmaßnahmen im Rahmen des Sonderprogrammes Winterschäden, z. B. Nettelburger Landweg, Nettelburger Straße, Kirchwerder Landweg, Schleusenhörn, Norderquerweg, Kirschgarten
- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“ (z.B. Veloroute 8, Knoten Lohbrügger Landstraße / Weberade, Tatenberger Deich und Ochsenwerder Norderdeich, Sanierung Reinbeker Redder und Binnenfeldredder, Bergedorfer Straße von Vierlandenstraße bis Neuer Weg, Verbesserung des Fahrradparkens)
- Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Pläne hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen, Tief- und Wasserbau)
- Herrichtung und Abschluss der Arbeiten im Zuge des Boulevards Lohbrügge (Alte Holstenstraße) sowie Beleuchtung unter der Eisenbahnbrücke Alte Holstenstraße.

Unterhaltungsmaßnahmen Straßen und Wege:

- Fortführung der Sanierung von Teilflächen an Hauptverkehrsstraßen
- Überwachung, Anpassung und Ausarbeitung des Winterdienstes
- Instandsetzungsprogramm „öffentliche Toiletten“ an den Badeseen
- Naturteiche Boberger Niederung: Entschlammung der Auffangbecken
- Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen
- Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs an Haupt- und Nebenstraßen
- Schulwegsicherungsprogramm: Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen
- Wiederherstellung der Straßenentwässerungssysteme (u.a. an der B 5 und in den Vier- und Marschlanden).
- Erfüllung des fortlaufenden Schlaglochbeseitigungsprogrammes
- Konjunkturprogramm-Aufstockung der Straßenunterhaltungsmittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen
- Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden
- Vorbereitung und Fortführung des Sonderprogramms „Klar Schiff Hamburg“ – Ordnen von Wegezubehör
- Instandsetzung und Unterhaltung von Deichverteidigungsstraßen und dazugehöriger Sperreinrichtungen
- Instandsetzung des Marschbahndammes als Teil des Europa-Radfernweges
- Sonderprogramm Fahrbahnmarkierung/Verkehrsleiteinrichtungen



- Koordinierung, Planung und Umsetzung Straßenbau- sowie Straßenverkehrs-behördlicher Anordnungen

Unterhaltungsmaßnahmen Grün:

- Führung und Aktualisierung des Straßenbaumkataster
- Kontrolle und Pflege der Straßenbäume und des Straßenbegleitgrüns
- Führung und Aktualisierung des Spielgerätekatasters
- Kontrolle und Pflege der Kinderspielplätze, Grünanlagen und Dauerkleingartenanlagen
- Umsetzung von Maßnahmen aus den Pflege- und Entwicklungsplänen für den Eichbaumpark, Marschbahndamm, Fleetgrün Allermöhe-Ost , an der Sternwarte / Schorhöhe und Grünes Zentrum Lohbrügge, sowie deren Fortschreibung
- Durchführung von Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten
- Arbeiten in Amtshilfe auf Liegenschafts- und Sportflächen sowie in Dienstgärten
- Pflege- und Unterhaltung des Bergedorfer Friedhofes mit Durchführung des Gruftbetriebes
- Ausbildung von Landschaftsgärtnern
- Maßnahmen zur Versicherung in den Forsten

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Planung Ausgleichsmaßnahme Mittlere Bille
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzung Schulenbrooksbek, 1.BA abgeschlossen
- Planung und Herstellung der Durchgängigkeit (Fischaufstiegshilfe) am Serrahnwehr nach EU-WRRRL, abgeschlossen. Monitoring bis Ende 2014
- Bau einer Regenwasserbehandlungsanlage am Bornmühlenbach, Plettenbergring (Kontrakt mit LSBG Planung, Entwurf, Baubeginn Erneuerung Spüleinlass Kampbille)
- Planung - GI Spülgraben Allermöhe
- Planung - GI Ufermauerwerk Serrahn
- Planung - Erweiterung Regenwasserbehandlungsanlagen in den Gewerbegebieten Allermöhe und Brookdeich
- Verbesserung der Uferstruktur am Schleusengraben 1.BA Höhe Glasbläserhöfe
- Erweiterung SW Kiebitzbrack, Kontrakt mit LSBG abgeschlossen

Landschaftsbauprojekte:

- Planung und Bau einer Kleingartenanlage für den B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11, 1. BA im Bau, 2.+3. BA in Planung
- Weiterentwicklung der Planung / Konzeption von Wegeverbindungen und Grünanlagen (Ost und West) am Schleusengraben im Rahmen des Projektes Erschließung der Schleusengrabenachse
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen (KSP Konrad-Veix-Stieg, Lohbrügger Landstraße , Grillplätze Grünes Zentrum, Grünanlage Obere Bille , Grünzug Mittlere Bille)
- Bau des 6. BA – Kleingartenanlage - für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West,
- Planung und Ausschreibung des 7. BA – Parkanlage - für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West,
- Abschluss der Arbeiten an den öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus
- Abschluss der Grundinstandsetzung des Marschbahndammes zwischen Ochsenwerder und Heinrich-Stubbe-Weg als Teil des Europa-Radfernweges



BOD Bergedorf:

Der BOD Bergedorf hat im Jahr 2013 seinen Tätigkeitsschwerpunkt auf die Überprüfung der Einhaltung der Straßenverkehrsordnung im ruhenden Verkehr gelegt. Dazu wurden tägliche Überprüfungen des bewirtschafteten Verkehrsraumes, schwerpunktmäßig im Innenstadtbereich, durchgeführt. Weiterhin wurden schwerpunktmäßig der Vorplatz des CCB und der Straßenzug „Am Bahnhof“ in die täglichen Überprüfungen einbezogen. Außerdem wurden, je nach Wetter- und Beschwerdelage, routinemäßig oder anlassbezogen vor allem in den Grün- und Erholungsanlagen Kontrollen durchgeführt. In den Wintermonaten wurden verstärkt Kontrollen durchgeführt, ob die Anliegerverpflichtung zur Schnee- und Eisbeseitigung nach dem Hamburgischen Wegegesetz eingehalten wurde.

Kennzahlen MR

Angaben in Euro	2011	2012	2013
Investitionsmittel Straße	5.306.651	4.613.337	4.851.556
Davon: Honorarausgaben	326.373	269.764	204.968
Erschließungsmittel	1.066.847	301.979	1.113.709
Neu-, Um- und Ausbau	1.462.639	1.484.282	1.654.088
Grundinstandsetzung	2.450.792	2.557.345	1.878.791

Investitionsmittel Gewässer und Deiche	3.216.000	2.659.448	2.744.957
Davon: Honorarausgaben	145.877	167.387	132.346
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	1.833.123	2.336.046	2.402.654
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	1.237.000	156.015	209.957

Investitionsmittel Grünanlagen	1.065.461	946.750	1.674.499
Davon: Honorarausgaben	28.732	34.998	51.013

Unterhaltung Straße	2011	2012	2013
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ²	5.563.000	5.565.000	5.565.000
Ausgaben	1.585.473	2.057.497	2.089.485



Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken	2011	2012	2013
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	44.262	44.262	44.262
Anzahl	465	465	465
Ausgaben	52.093	90.264	130.044

Unterhaltung Gewässer und Deiche	2011	2012	2013
Angaben zum Anlagenbestand:			
Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.589.000	1.685.638	1.719.734

Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2011	2012	2013
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m ²	2.866.000	2.866.000	2.866.000
Anzahl der Bäume	23.862	24.112	24.092
Ausgaben	457.623	426.733	544.588
Baumpflanzaktion „Mein Baum – meine Stadt“	129.147	66.135	57.977

Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen	2011	2012	2013
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m ²	4.069.595	4.129.342	4.129.342
Anzahl	193	193	193
Ausgaben	802.484	820.073	923.612

Unterhaltung Kleingärten	2011	2012	2013
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	1.904.504	2.049.895	2.049.895
Anlagen	23	23	23
Ausgaben	35.000	27.000	24.945

Friedhof	2011	2012	2013
Angaben zum Bestand			
Flächengröße in m ²	621.887	621.887	621.887
Investitionsausgaben	131.761	67.024	35.263,98
Unterhaltungsausgaben	356.299	300.959	334.634



Naturschutzgebiete	2011	2012	2013
Angaben zum Bestand NSG			
Flächengröße in ha	1.200	1.200	1200
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung	27.226	18.333	25.601

Forst	2011	2012	2013
Angaben zum Bestand			
Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee	296	296	296
Flächengröße in ha			
Ausgaben Wegebau	1.193	29.351	0
Ausgaben Investitionen	3.842	0	24.227
Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln)	76.045	35.267	91.850

Amtshilfen ¹⁾	2011	2012	2013
Ausgaben	355.290	390.053	248.720

1) Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

Sondernutzungen KFZ		2011	2012	2013
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ		475	594	601
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren		57	62	70
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		2.636	2.688	6.456
Einnahmen in € Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte	Soll	6.188	7.556	14.290
	Ist	10.389	10.672	12.919

Übersicht Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen:

Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2011	2012	2013
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	18 1	8	6
Anzahl ABM – Mitarbeiter bei kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	21	0	0
Anzahl § 16 SGB - Mitarbeiter bei kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	0	8	8
Praktikanten im Landschaftsbau	2	5	6



Internationaler Bund	20	20	20
Alsterarbeit im Grünbereich	10	10	10
Praktikanten im Forstbereich	0	2	0

4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen (zum 31.12.)	20,77	20,82	19,85

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Im Rahmen der Überlegungen für eine effiziente Aufgabenwahrnehmung wurde vom Fachamt eine Änderung der Trägerschaft der Wochenmärkte geprüft. Mit diesem Ansatz war nicht vorrangig das Ziel einer Einsparung, sondern vor allem die Hoffnung auf ein verbessertes Marketing und eine wirtschaftlichere Betriebsführung der Wochenmärkte außerhalb der sehr engen verwaltungs- und haushaltsrechtlichen Grenzen verbunden. Diesem Vorhaben wurde nach einer intensiv auch in der Öffentlichkeit geführten Diskussion seitens der Bezirksversammlung eine Absage erteilt.

Zum Frühjahr 2013 sollte der privat betriebene Wochenmarkt am Bahnhof Bergedorf – Lohbrügger Seite erneut seinen Betrieb aufnehmen. Leider konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Obwohl die Initiative zur Einrichtung eines Nachmittagsmarktes von den Marktbesuchern ausging, war das Interesse an einer Teilnahme zu gering. Als Grund wurde im Wesentlichen der unzureichende wirtschaftliche Erfolg in der ersten Betriebsphase vom September bis November 2012 benannt. Hier standen neben den winterlichen Verhältnissen nicht zuletzt der unattraktive Zugang durch die Bahnhofsbaustelle und die damit verbundenen eingeschränkten Werbemöglichkeiten im direkten Umfeld einem möglichen Erfolg im Wege.

Mit einigen kleineren Veränderungen fand der Bergedorfer Weihnachtsmarkt erneut wie im Vorjahr statt. Die Schlosswiese sowie auch die Alte Holstenstraße wurden aufwendig und attraktiv bebaut. Auch in der umgestalteten Fußgängerzone in Lohbrügge konnte der Weihnachtsmarkt trotz veränderter Flächenzuschnitte erfolgreich durchgeführt werden. Die Resonanz in der Bevölkerung und in den Medien zu den Bergedorfer Weihnachtsmärkten war durchweg sehr positiv. Die Händler äußerten sich zufrieden und bekräftigten ihre Absicht, in 2014 erneut teilzunehmen. Erstmals wurde der vom Bezirksamt und privat betriebene Weihnachtsmarkt bis Silvester veranstaltet. Ob dies auch in 2014 stattfinden wird, hängt vom Ergebnis einer Abfrage der Händler ab, die in 2014 erfolgen soll.

Mit ca. 300.000 Besuchern erwies sich das Bergedorfer Stadtfest in 2013 erneut als ein Publikumsmagnet. Es war das 17. seiner Art. Da der neugestaltete Bahnhofsvorplatz sowie der Weidenbaumsweg mit einbezogen werden konnten, war dieses Stadtfest flächenmäßig das bislang Größte. Mit der Nutzung des Bahnhofsvorplatzes bestand wieder die komfortable Möglichkeit, ein Großfahrgeschäft wie das Sky-Dance (Kettenkarussell, Flughöhe 43 m) problemlos aufzubauen.

Die Organisation und Durchführung erfolgte maßgeblich von Mitarbeitern des Fachamtes.



Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

Gewerbe- und Ordnungsrecht

Die Abteilung ist zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.

Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt hat 2013 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu gewährleisten und damit für mehr Sicherheit (u.a. Einhaltung der Haftpflichtversicherungspflicht) im Umgang mit den Tieren beizutragen. Durch die vom BOD ausgeführten Kontrollen wurden auch weiterhin Hunde bekannt, die noch nicht registriert waren. Zum 31.12.2013 waren in Bergedorf 5.294 Tiere aktuell im Hunderegister erfasst. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hundegesetzes wurden 2013 lediglich zwei Haltungsverbotungen ausgesprochen, die sich auf das Halten gefährlicher Hunde nach § 2 HundeG bezogen.

Insgesamt wurden 110 Hundehalter schriftlich aufgefordert, ihrer Meldepflicht nach dem Hundegesetz nachzukommen. Ein Teil der Hundehalter (ca. 25%) kam erst nach einem Zwangsmittelverfahren, das in drei Fällen mit der Anordnung der Sicherstellung des Hundes endete, ihrer Pflicht nach. Es wurden 58 Bußgeldverfahren wegen verspäteter Anmeldung durchgeführt und 27 Bußgeldverfahren wegen Aufsichts- und Anleinpfllichtverstößen. Ferner waren zwei Hunde aufgrund von Haltungsverbotungen sicherzustellen. In 2013 wurden insgesamt 42 Befreiungen von der allgemeinen Anleinpfllicht erteilt.

Sieben Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit. Hierbei handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest widerlegt werden konnte. Haltungsverbotende Maßnahmen, wie z. B. die Anordnung des Besuchs einer Hundeschule, wurden auch in diesem Jahr nur in sehr geringem Maße erforderlich. In den meisten Fällen sind Ermahnungen und damit verbundene Hinweise auf die Einhaltung der Aufsichts- und Anleinpfllicht ausreichend.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz auch in 2013 erfolgreich umgesetzt wurde und Wirkung zeigt.

Im Bereich des Jugendschutzes hat sich die Anzahl der festgestellten Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz nicht wesentlich verändert. Verstöße festzustellen, bleibt weiterhin schwierig, da die Jugendlichen oft ihre Quellen verschweigen. Eine eindeutige Beweisführung ist dann kaum möglich. Insgesamt wurden 2013 lediglich zwei Bußgeldverfahren eingeleitet, davon ging es einmal um Alkohol und im anderen Fall um Tabakwaren. Ein einschlägig bekannter „Kiosk“ wurde durch Ordnungsverfügung zum jugendgefährdenden Betrieb nach § 7 Jugendschutzgesetz erklärt. Dieser Betrieb darf nicht mehr von Jugendlichen betreten werden. Der Erfolg dieser Maßnahme konnte nicht mehr beobachtet werden, da der Betrieb nicht mehr existiert.

In 2013 wurden in Hamburg das erste Mal jugendliche Auszubildende als Testkäufer für alkoholische Getränke in einschlägigen Betrieben eingesetzt. Der Einsatz der Testkäufer erfolgt nur nach begründetem Anfangsverdacht. In Bergedorf lag erst zum Ende des Jahres ein solcher Anfangsverdacht vor. Ein Einsatz von jugendlichen Testkäufern erfolgte in 2013 noch nicht, ist aber für 2014 vorgesehen.

Die regelmäßige Kontrolle der Spielhallen im Hinblick auf die Einhaltung der Spielhallenverordnung konnte 2013 aus Gründen fehlender Kapazitäten und aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen nicht durchgeführt werden. Die Einführung des Hamburgischen



Spielhallengesetzes vom 04.12.2012 stellte den Abschnitt vor besondere Herausforderungen. Das Gesetz beinhaltet zahlreiche Übergangsvorschriften und bedarf in vielen Punkten genauer Auslegung. Um im gesamten Stadtgebiet einheitlich handeln zu können, sind Abstimmungen unter den Bezirken und mit den betroffenen Fachbehörden unerlässlich. Einen Schwerpunkt bildete in 2013 zunächst die Neuregelung von Sperrzeiten in den Spielhallen. Die neue Sperrzeitregelung (05:00 – 12:00 Uhr) trat zum 19.06.2013 in Kraft. Danach wurden sechs Verstöße festgestellt, die mit einer Verwarnung ohne Verwarnungsgeld geahndet wurden, da die Rechtslage zunächst unklar war und sich das Verwaltungsgericht bereits mit mehreren Klagen zu diesem Thema beschäftigte. Nach einem allgemeinen Schreiben an alle Spielhallenbetreiber mit dem Hinweis auf die nach § 5 Hamburgisches Spielhallengesetz (HmbSpielhG) geltenden Sperrzeiten, die von der 15. Kammer des Obergerichtes mit Urteil vom 24.10.2013 (OVG HH 15 E 3093/13) bestätigt wurden, wurden sieben Verstöße angezeigt. Die eingeleiteten Bußgeldverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

2013 mussten 33 Gewerbeuntersagungen ausgesprochen werden. Daneben konnte das Fachamt 19 Verfahren einstellen, weil die Gewerbetreibenden durch intensive und erfolgreiche Beratungen die Zuverlässigkeit im gewerberechtlichen Sinne in der Betriebsführung wiederhergestellt hatten. Von fünf Anträgen auf Wiedergestattung konnten vier positiv beschieden werden. Zum 31.12.2013 waren darüber hinaus noch 44 Verfahren anhängig, von denen einige Verfahren ruhen, weil den Gewerbetreibenden nach erfolgter Beratung die Gelegenheit gegeben wird, ihre Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen oder wegen laufender Insolvenzverfahren eine Verfahrensführung nicht zulässig ist.

Seit Februar 2012 ist die Einrichtung von Raucherräumen in Speisegaststätten wieder zulässig. Die Gastronomie in Bergedorf hat sich aber offensichtlich entschieden, davon keinen Gebrauch zu machen. 2013 sind diesbezüglich keine Anträge eingegangen, selbst der Beratungsbedarf ging gegen Null und Verstöße gegen das Gesetz wurden kaum bekannt.

Weitere bedeutende Veranstaltungen, bei deren Organisation das Fachamt maßgeblich beteiligt war, waren der Bergedorfer Kindertag am 07.06. und die unvergessliche NDR-Sommertour am 13.07. auf der B 5 in Höhe der Post.

Kennzahlen

Passivraucherschutzgesetz	2011	2012	2013
Hinweise auf Missstände	5	5	1
Anzahl der Beratungen	3	3	1
Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen	0	2	0



Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2011	2012	2013
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	19	20	22
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind	4	3	3
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren	187	176	175
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	33	43	29
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	120	105	129
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	30	30	38
Zahl der Gewerbeum-, -an- und abmeldungen	2.997 ⁹		
Spielhallenstandorte	18	18	17
Spielhallen	31	31	30
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	330	330	318
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz	20	24	21
Ausnahmen von der Sperrzeit	6	6	6
Weitere Arbeitsbereiche	2011	2012	2013
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde	324 ¹⁰	269 ¹¹	221 ¹²
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	2	3	1
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	3	9	2
Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3)	4	6	11 ¹³
Sicherstellung oder Tötung	9 ¹⁴	13 ¹⁵	4 ¹⁶

⁹ Seit Mitte des Jahres sind Gewerbeanmeldungen auch durch die Handels- und die Handwerkskammer möglich. Dort wurden zusätzlich 96 Gewerbeanmeldungen verarbeitet.

¹⁰ 111 Bußgeldverfahren, 4 Erlaubnisse, 31 Aufforderungen zur Vorführung, 120 Aufforderungen zur Anmeldung; 58 weitere Verfahren

¹¹ 90 Bußgeldverfahren wegen verspäteter Anmeldung u.a., 89 Aufforderungen zur Anmeldung, 36 Einladungen zur Vorführung (Rassefeststellung und Begutachtung der Gefährlichkeit nach § 2 Abs. 2 HundeG, 54 weitere Verfahren

¹² 88 Bußgeldverfahren; 10 Erlaubnisverfahren; 16 Aufforderungen zur Vorführung zwecks Rasse- oder Gefährlichkeitsbestimmung; 109 sonst. Verfahren – hauptsächlich Aufforderungen zur Anmeldung

¹³ incl. befristeter Freistellungen

¹⁴ Sechs Sicherstellungen wurden angeordnet um die gesetzlich geforderte Anmeldung der Hunde zu erreichen. Dies führte letztlich in allen Fällen zum Erfolg, drei Sicherstellungen erfolgten im Rahmen von Haltungsverboten.

¹⁵ Drei Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, neun Sicherstellungen im Zusammenhang mit Untersagungen, eine Tötung

¹⁶ zwei Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, zwei Sicherstellungen im Zusammenhang mit Untersagungen



Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	111	90	89
Weitere Ordnungswidrigkeiten-Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	56	78	98
Ausstellung von Fischereischeinen	336 ¹⁷	292 ¹⁸	331 ¹⁹

Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von 25 – 30 % zusätzlich auch in der Gewerbeüberwachung tätig sind.

Erneut mussten viele Betriebe wegen verschiedener Auffälligkeiten mehrfach aufgesucht werden. Im Vordergrund der Lebensmittelüberwachung steht nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung gereiftes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Die Anzahl der Kontrollen und Beratungen sind trotz der dreimonatigen Abwesenheit eines Lebensmittelkontrolleurs (Elternzeit) im Vergleich zu 2012 wieder gestiegen. Ein Teil der notwendigen Kontrollen entfiel auch auf das Stadtfest.

Der Zielerreichungsgrad für die Anzahl der Probenahmen (SOLL-IST-Vergleich) wurde auch 2013 übertroffen. Der Anstieg der beanstandeten eigenen Probenahmen und der Rückgang der Beanstandungen anderer Lebensmittelkontrollbehörden ist insbesondere auf die Einführung der risikoorientierten Probenahme zurückzuführen. Dabei werden nach dem Flaschenhalsprinzip in erster Linie Hersteller, Importeure und Großküchen im eigenen Zuständigkeitsbereich beprobt und zwar insbesondere die, die überregional vermarkten.

Die Anzahl der registrierten Lebensmittelbetriebe hat sich erstmalig verringert. Ursachen hierfür sind hauptsächlich die Aufgabe von Erzeugerbetrieben sowie erheblich weniger Betreiberwechsel in bestehenden Geschäftsräumen.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Märkte statt, die von einer Marktmeisterin und zwei Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden.

Trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesicker steht die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden nach wie vor im Vordergrund.

¹⁷ In 2010 wurden die Fischereischeine ausschließlich von den Bürgerzentren ausgestellt, da eine „händische“ Ausstellung aufgrund der vielen Fälschungen nicht mehr zugelassen war. Ab 2011 kann auch VS Fischereischeine maschinell ausstellen.

¹⁸ Im Einwohneramt wurden 221, von VS wurden 71 Fischereischeine ausgestellt.

¹⁹ Im Einwohneramt wurden 243, von VS 88 Fischereischeine ausgestellt.



Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert, bzw. sind konstant geblieben. Der Auslastungsgrad des Wochenmarktes Bergedorf ist nur deshalb höher, weil für 2013 die Berechnungsgrundlage wegen der Verringerung der Frontmeterzahl (Verlagerung der Fischstände in die Marktmitte, dadurch Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen) zu verändern war. Der Anteil der Dauerzulassungen ist je Markt und Markttag unterschiedlich und bewegt sich im Rahmen von 57 % bis 82 %.

Bis zum 30.06.2013 zahlte ein Teil der Marktbesucher auf freiwilliger Basis einen Werbe-Euro, der seitens des Bezirksamtes treuhänderisch verwaltet wurde. Mithilfe der eingenommenen Mittel wurde für den Lohbrügger Wochenmarkt am Samstag ein als Parkplatz umfunktionaler Pausenhof der Schule Leuschnerstraße angemietet. Für die Kunden des Wochenmarktes Chrysanderstraße konnten zudem Karten für ein kostenloses Parken im Parkhaus an der Schlossstraße finanziert werden. Die Zahlung des WerbeEuros an das Bezirksamt lief zum 30.06.2013 aus, die Restmittel wurden eingesetzt, um die Nutzung des Parkhauses bis zum Jahresende sicherzustellen. Die Marktbesucher finanzieren und organisieren diese Serviceleistungen durch ihren eingetragenen Verein inzwischen selbst.

Kennzahlen

Verbraucherschutz	2011	2012	2013
Gewerbebetriebe insgesamt: davon	11.081	11.146	11.262
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	2.972	2.910	2.808
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	3.129	2.475	2.845
Probenentnahmen	Soll 661 Ist 764	585 646	624 661
davon Beanstandungen	75	59	104

Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel- Kontrollbehörden	70	31	17
Zahl der registrierten <u>Lebensmittelbetriebe</u> (inkl. Gewerberecht nicht meldepfl. Betriebe, z.B. Urproduktion, Kindertagesstätten, Krankenhausküchen)	2.601	2.694	2.295
hiervon kontrollierte Betriebe	1.120	1.197	1.418
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	16	16	17
davon kontrolliert	0	16	17

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2011	2012	2013
Gesamtzahl der Wochenmärkte	312	311	306



Gesamtzahl der Stände über alle Markttage		14.700	15.446	14.183
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten		Auslast. in %	Auslast. in %	Auslast. in %
Di / Bergedorf	708	68	75	81
Mi / Lohbrügge	590	73	79	75
Do / Bergedorf West	333	87	87	80
Fr / Bergedorf	708	81	87	94
Sa / Lohbrügge	590	85	91	86
Sa / Fleetplatz	244	45	48	48
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]			73	78

Veterinärwesen

Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2013 war wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren, gleichwohl zeitnah zu erledigenden Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

Ende 2013 nahm die Vorbereitung eines bundesweiten Tuberkulose-Monitorings in Rinderbeständen viel Zeit in Anspruch. Das 2012 erstmals festgestellte Schmallenberg-Virus verursachte noch Anfang des Jahres einen deutlichen Mehraufwand. Im Gegensatz dazu sind die notwendigen Überwachungsaufgaben nach der BVD-Verordnung (Bovine Virus Diarrhöe – eine Viruserkrankung der Rinder) 2013 deutlich zurückgegangen.

Das Thema überbezirkliches Tierseuchen-Krisenmanagement konnte, mit der Nachbereitung der in 2012 durchgeführten Übung einerseits und der Fortführung konzeptioneller Planungen bezüglich einer weiteren Tierseuchenübung andererseits, vorangebracht werden. Die Durchführung dieser bezirksübergreifenden Tierseuchenübung in Bergedorf wird die Abteilung und das Fachamt auch 2014 weiterhin erheblich in Anspruch nehmen.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Anlassbezogen wird die Fachlichkeit der Tierärzte im Bereich Lebensmittelhygiene regelmäßig eingebracht.

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung, welches zu einer hohen Anzahl an Tierschutzanzeigen führt. Im Jahr 2013 gab es insbesondere bezüglich des illegalen Handels mit Hunden verstärkt Hinweise, die auch zu einem gemeinsamen Einsatz mit der Polizei führten.



Hunde- und Gefahrtiergesetz

Wie in den Vorjahren wurden zahlreiche Untersuchungen von Hunden sowie die daraus folgende Erstellung von gerichtsfesten Gutachten zur Rassefeststellung und Begutachtung von Hunden nach Beißvorfällen ausgeführt. Mit der Anfertigung von Stellungnahmen zu externen Gutachten und der fachlichen Beratung bezüglich Hundehaltungen wurde ein erheblicher Beitrag zur Rechtssicherheit anstehender Verwaltungsverfahren geleistet.

Das Gesetzgebungsverfahren zum Hamburger Gefahrtiergesetz und der GefahrtierVO erforderte 2013 eine Reihe von fachlichen Stellungnahmen. Die Folgen des entgegen aller fachlichen Bedenken nun in Kraft getretenen Regelwerkes sind bis heute nicht abschätzbar.

Kennzahlen

Veterinärwesen	2011	2012	2013
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	53	45	23
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	128	123	202
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	19	16	23
Tierseuchenrecht -Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	7	5	8
Tierseuchenrecht -Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	957	1682	1750 ²⁰
Tierschutz-/Tierseuchenrecht Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	34	48	52
Tierschutzrecht -Kontrollen Tiertransporte	9	6	8
Tierschutzrecht -Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	14	16	24
Tierschutzrecht -anlassbezogene Kontrollen	121	132	145
Tierschutzrecht -Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen	12	7	9

²⁰ Die zentral, vom Federführer ausgeführte Auswertung lag bis Redaktionsschluss VS noch nicht vor, daher ist diese Zahl unter Berücksichtigung einer nach wie vor tendenziell steigenden Anzahl von Fällen geschätzt.



Ahndung von Verstößen -Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	3	2	3
Ahndung von Verstößen -eingestellte Verfahren	1	1	3
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten, schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	142	156	151
	3	1	7

Technischer Umweltschutz

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelastigungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen.

2013 konnten die Untersuchungen zur Feststellung der Kampfmittel- und Bombenblindgängerefreiheit des Frascatiplatzes erfolgreich abgeschlossen werden.

Abgeschlossen werden konnten auch die Verfahren zur Entschädigung für passiven Schallschutz (Schallschutz an Gebäuden) an der A25. Auslöser für diese Verfahren war die geplante Errichtung des aktiven Schallschutzes; dies gilt im rechtlichen Sinne als wesentliche Änderung an einer Straße und führt zur rechnerischen Ermittlung von Anspruchsberechtigten im Zusammenhang mit dem passiven Schallschutz. Insgesamt wurden 339 dem Grunde nach anspruchsberechtigte Grundeigentümer angeschrieben, von denen 70 einen Antrag stellten. Diese Anträge waren hinsichtlich der bereits vorhandenen Qualität der Außenbauteile einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Einige der Anträge mussten danach abgelehnt werden, andere Grundeigentümer nahmen Abstand von den notwendigen baulichen Eingriffen. Am Ende nahmen lediglich 10 die angebotenen Leistungen in Anspruch.

Immissionsschutzrechtlich fielen in 2013 im Landgebiet wie in zahlreichen anderen Gegenden der Bundesrepublik Bereiche auf, in denen tieffrequente Geräusche (in den Medien oft als „Brummtön“ bezeichnet) zu Beschwerden führten. Neben der immer wieder festzustellenden Tatsache, dass die gültigen Grenzwerte für diese speziellen Frequenzbereiche in den aufgetretenen Beschwerdefällen eingehalten wurden, war weder eine eindeutige messtechnische Feststellung dieser Töne, noch eine genaue Ortung der Quellen möglich. Es blieb letztlich nur die Feststellung, dass unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte, die auf die durchschnittliche Sensibilität von Menschen zugeschnitten sind, Maßnahmen seitens des Bezirksamts nicht ergriffen werden konnten.



Kennzahlen

Technischer Umweltschutz	2011	2012	2013
Anzahl der Überwachungsvorgänge	274	316	396
Anzahl der Stellungnahmen	289	350	321
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BImSchG	2	0	70
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	168	167	166
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	5	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	17	20	26
Vorgänge Haustechnik	215	390	149
Vorgänge Wohnungspflege	121	101	43

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

Leitung: Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

	2011	2012	2013
Beschäftigungsvolumen	35,04	35,18	34,28

Aufgabe und Entwicklung in 2013

Dem Grundsatz „Dienstleistungen aus einer Hand“ folgend ist das „Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt“ der zentrale Ansprechpartner für alle Aufgaben und Dienstleistungen im Zusammenhang mit bau-, umwelt- und gewerberechtlich zu beurteilenden (Bau-)Vorhaben. Gleichzeitig sind unter dem Dach des WBZ auch die Aufgaben und Servicefunktionen der bezirklichen Wirtschaftsförderung integriert. Als bezirklicher Federführer ist das WBZ Bergedorf außerdem Ansprechpartner und Koordinator für alle bezirksübergreifenden Grundsatzfragen sowie die zentrale bezirkliche Schnittstelle zu den Fachbehörden in Hamburg.

Auch in 2013 hat die Umsetzung des Vertrages für Hamburg-Wohnungsneubau die Arbeit in allen Fachbereichen des WBZ ganz entscheidend geprägt. Voraussetzung für das Gelingen der Wohnungsbauintiative des Senates ist neben einer entsprechenden Anzahl von Bauanträgen immer auch die Durchführung von schnellen und effektiven Genehmigungsverfahren. Mit 626 genehmigten Wohneinheiten in Bergedorf ist es gelungen, diese Zielsetzung für das Jahr 2013 zu erfüllen.

Gleichzeitig hat das Bezirksamt Bergedorf federführend die hamburgweite Überprüfung und Dokumentation der tatsächlich fertig gestellten Wohnungen konzipiert und koordiniert. Diese dient der Beantwortung der wichtigen Frage, inwieweit die politische Zielsetzung von jährlich 6.000 neugebauten Wohnungen in den letzten drei Jahren erreicht worden ist. Hierfür sind von Oktober bis Dezember in einer besonderen Aktion sämtliche Genehmigungsverfahren der letzten drei Jahre überprüft und die Ergebnisse listenmäßig erfasst worden.



Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Die Wirtschaftsförderung verfolgte 2013 in verschiedenen Arbeitsbereichen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Bergedorf. Neben übergeordneten Arbeiten zur strategischen Standortentwicklung und als „Markenbotschafter“ gegenüber weiteren Akteuren wurden zahlreiche Aktivitäten zur Kommunikation der „Marke Bergedorf“ vorgenommen (Bewerbung von Erdbeerfest, Traktorentreffen TOCH, Veranstaltungen im Museum, Elbe Open Air usw.).

Im Nachgang zum 2012 beschlossenen Gewerbeflächenkonzept wurde den politischen Gremien über die weitere Entwicklung der bestehenden Bergedorfer Gewerbeflächen und über die Potenziale für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen berichtet.

Ein bedeutendes Arbeitspensum nahmen 2013 die Tätigkeiten als Federführer für die Koordination zwischen Bezirken und Behörden ein. Dies umfasst die Vertretung der Bezirksinteressen in verschiedenen Hamburg-weiten Arbeitsgruppen, z.B. zu Themen wie BID (Business Improvement Districts) oder „Flächen für Handwerker“. Die Verhandlungen zur Neuorganisation und Vereinfachung der Gewerbeflächenvergabe wurden fortgesetzt. Ziel dieser Verhandlungen war es, ein für die Unternehmen kundenfreundlicheres Vergabeverfahren vor Ort durch das Bezirksamt zu erreichen. Außerdem wurde eine Reihe von Stellungnahmen auf Anfragen der Politik und zu wirtschaftsrelevanten Strategiepapieren federführend erarbeitet. Darüber hinaus lassen sich weitere übergeordnete Tätigkeiten wie die Vertretung von Bergedorfer Standortinteressen im gesamt-Hamburgischen Kontext und die liegenschaftliche Immobilienkoordination nennen.

Die weiteren Tätigkeiten lassen sich wie folgt entlang der „Marke Bergedorf“ ordnen:

Schöne Stadt

Die zweite Auflage des BID (Business Improvement District) Sachsentor ging 2013 in das fünfte und letzte Jahr. Die Abteilung hatte weiterhin die Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwendung der BID-Mittel, wobei keinerlei Grund zur Beanstandung festgestellt wurde. Daneben war die Wirtschaftsförderung als Koordinator der praktischen Zusammenarbeit von Verwaltung und BID tätig. Bei der Vorbereitung und Planung der Neuauflage des BIDs (ab 2014) war die Wirtschaftsförderung maßgeblich beteiligt, u.a. im Rahmen eines Workshops mit den Eigentümern und Interessenvertretern aus Wirtschaft und Verwaltung.

Die Wirtschaftsförderung begleitete 2013 das ESF-geförderte Projekt Bratung für Nahrversorgungsstandorte (BFN) Bergedorf, das eine halbjährige Verlängerung erreichen konnte. Die bereits in den Vorjahren angelaufenen Marketingaktionen in den Nahversorgungszentren von Neuallermöhe und in der Alten Holstenstraße wurden fortgeführt. Als wichtigster Meilenstein 2013 ist im Mai die Gründung der Interessengemeinschaft Fußgängerzone Alte Holstenstraße zu nennen.

Garten Hamburgs

Über das Förderprojekt „Kurs Elbe. Von Hamburg bis Wittenberge“ wurde im April 2013 der erste „Kurs Elbe-Tag“ mit 12.000 Besuchern in Lauenburg durchgeführt, auf dem Bergedorf ebenfalls mit einem eigenen Stand vertreten war. Ebenso wurde über das gesamte Jahr intensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und eine Reihe von Werbemedien veröffentlicht (Broschüren, touristische Ausflugsplaner, Homepage u.a.). Im Rahmen des Hamburger Hafengeburtstags konnte sich Bergedorf wieder mit einem eigenen Stand präsentieren, wobei eine hohe vierstellige Kundenzahl angesprochen werden konnte. Das durch die Metropolregion finanzierte Projekt gemeinsam mit Kreisen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern fördert den Elbe-Tourismus. Ziel ist es, die Region gemeinsam als Naherholungs- und Tourismusziel zu profilieren und ihre wasserbezogenen Potenziale zu stärken.



Dynamik und kurze Wege

Die Vernetzung der Wirtschaft war weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z. B. WSB) und einzelnen Unternehmen wurden wieder branchenbezogene Veranstaltungen organisiert. Neben der Ehrung der Landessieger im Handwerk zu Jahresbeginn waren dies die folgenden Veranstaltungen:

- Zwei Netzwerktreffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“, Schwerpunktthemen waren die Veranstaltungen und Aktivitäten des Initiativkreises sowie die bezirkliche Gewerbeflächenentwicklung.
- Zwei Netzwerktreffen des Logistik-Netzwerks Bergedorf. Schwerpunktthemen waren Nachhaltigkeit in der Logistik sowie das Jahresthema „Logistik lebt Zukunft“.
- Daneben wurde ein „Parlamentarischer Abend Logistik“ im Bergedorfer Schloss organisiert, um den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu fördern.

Industrie mit Köpfchen

Die Förderberatung von Existenzgründern und von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) gehörte ebenfalls zu den Tätigkeiten der Abteilung im Jahr 2013. Ferner wurden die Wirtschaftssenioren und die Unternehmer ohne Grenzen durch Pressearbeit und Vermittlung bei ihrem Bemühen unterstützt, Existenzgründer und KMU im Bezirk vor Ort kostenlos und niedrigschwellig zu beraten.

Die Ansiedlung von Unternehmen gehört zu den Aufgaben der Abteilung. Ein Schwerpunkt bildete die Bewerbung der Schleusengärten. 2013 konnte die Abteilung eine Reihe von Unternehmen für das Areal Schleusengärten interessieren und führte mit einzelnen Firmen Verhandlungen über eine Ansiedlung, teilweise gemeinsam mit der HWF. Für ein Unternehmen der Produktionstechnikbranche wurde ein Grundstück in diesem Bereich disponiert. Die Firma GALAB wurde darüber hinaus bei der Bauantragstellung begleitet. Als weiteres Technologie-Projekt in den Schleusengärten wurde die Hochschule für angewandte Wissenschaften HAW bei der Entwicklung des Projekts „Energiecampus“ und der Bauantragstellung unterstützt. Auch für andere Standorte im Bezirk konnten Firmen interessiert und teilweise angesiedelt werden.

Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von Gewerbegrundstücken getroffen.

Im Jahr 2013 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

Tätigkeitsfeld	Belegenheit	Größe in m ²
Herstellung von Transportbändern	Am Schleusengraben	9.830
Autohaus	Am Schleusengraben	7.061
Busbetriebsstätte einschl. Vermietung an gemeinnützigen Verein	Lehfeld	6.237
Entwicklung elektronischer Produkte	Werner-Witt-Str.	3.608
Glaserei	Dusiplatz	2.231



Logistik Kühltransporte	Werner-Schröder-Str.	4.000
Logistik Druckerzeugnisse	Rungedamm	5.218

Im Bezirk Bergedorf sind zurzeit insgesamt noch 25,8 ha (Stand 25.04.2013) städtische Gewerbeflächen vorhanden. Diese Gesamtzahl beinhaltet u.a. auch die zurückgegebenen Dispositionen aus Vorjahren sowie aktuell disponierte Flächen und vermietete Flächen. Sie ist also nicht mit den zum Verkauf verfügbaren Flächen gleichzusetzen.

Bauaufsicht

Die Aufgaben der Bauprüfung bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen

Das Jahr 2013 stand insgesamt im Zeichen des Wohnungsneubaues. So wurden 626 Wohnungen vom Bezirksamt Bergedorf genehmigt und damit die Zielsetzung von 600 Wohnungen knapp übertroffen. Von diesen Wohnungen wurde ca. die Hälfte im Ein- bis Dreifamilienhausbau und im kleineren Geschößwohnungsbau genehmigt. Größere Wohnbauprojekte kommen in Bergedorf nach wie vor seltener vor.

Schöne Stadt

Die Gestaltungsberatung wird wie in den Vorjahren gut angenommen. Im ländlichen Raum wird darauf geachtet, dass die Kleinteilig- und Maßstäblichkeit erhalten bleibt. Im Villengebiet liegt der Focus im Bereich der Details und Materialien, damit die Hochwertigkeit der Gebäude weiter sichtbar bleibt. Dieses ist oftmals ein langwieriger und schwieriger Prozess, der aber von den Bauherren, wenn am Ende ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet worden ist, gut angenommen wird. Im Kernbereich von Bergedorf dagegen geht es hauptsächlich um anspruchsvoll und niveauevoll gestaltete Werbeanlagen und Eingangsfassaden. Im Bestandswohnungsbau, z. B. am Wiesnerring, an der Hofweide, an der Johann-Meyer-Straße und im Ohlstücken, werden weiterhin, hauptsächlich im Mehrfamilienhausbau, Fassaden energetisch und gestalterisch ansprechend gedämmt. Allerdings kommen komplette Ziegelfassaden immer weniger zur Ausführung.

Garten Hamburgs

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, die vorrangig der Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich und planungsrechtlichen Einfüguungsfragen im Innenbereich dienen, sind mit 101 Vorbescheiden (im Vorjahr 93) wieder gestiegen. Die vielen Vorbescheide machen es möglich, eine frühzeitige Klärung über die Bebaubarkeit herbeizuführen und so den Innenbereich sinnvoll zu verdichten und das Außengebiet vor Zersiedlung zu schützen. Die Vorbescheide haben hauptsächlich Wohnbauvorhaben zum Inhalt, das heißt das Wohnen im grünen Landgebiet bleibt weiter attraktiv. So liegt die Zahl der genehmigten Wohnungen im Landgebiet in 2013 bei 123 Wohnungen (Vorjahr 218 Wohnungen), wobei die Zahl der Mehrfamilienhäuser steigt. Das Landgebiet bemüht sich aber auch um eine touristische Steigerung. So sind acht Ferienwohnungen durch Neubau oder Umnutzung genehmigt worden.

Zum Erhalt des Landgebietes und dessen Attraktivität tragen natürlich die Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe bei. In 2013 konnten drei Lagerhallen für Gartenbaubetriebe am Ochsenwerder Elbdeich und am Vorderdeich genehmigt werden.



Kurze Wege

Auch in 2013 wurden diverse Umbaugenehmigungen für Ladennutzungen im Sachsentor, Am Mohnhof und in der Alten Holstenstraße erteilt. Für den REWE-Markt am Beckerkamp wurde eine Erweiterung mit Umbau genehmigt. Das Bethesda Allgemeines Krankenhaus gGmbH Bergedorf am Glindersweg wird eine Geriatrie mit Tagesklinik erhalten. Am Rande von Bergedorf in Moorfleet entsteht ein neuer McDonald.

Durch Abbruch alter Bausubstanz und Neubau werden mehr Wohneinheiten entstehen als vorher, so an der Holtenklinker Straße und an der Hofweide. Für das Gelände der Glasbläserhöfe konnten Genehmigungen für insgesamt 339 Wohnungen erteilt werden, auf dem Gelände des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Bergedorf weitere 12 Wohnungen. In Neu-Allermöhe West wird das Gelände am Marie-Henning-Weg einer Bebauung zugeführt. Es wurden bereits 70 Reihenhäuser genehmigt.

Stadt für Kinder und Familien

Auch im Jahr 2013 wurden Erweiterungen von Kindertagesstätten (KiTa Schulenburg), von Kindertagespflegeeinrichtungen (Ludwig-Rosenberg-Ring, Walter-Freitag-Straße, Gammer Weg) sowie neue Kindertagesstätten (Schule Walter-Rothenburg-Weg) genehmigt. Die katholische Schule an der Chrysantherstraße wird erweitert, saniert und umgebaut, am Weidenbaumsweg im Bereich der Glasbläserhöfe entsteht eine neue private Schule. Sechsmal wurde das Bezirksamt im Rahmen des Zustimmungsverfahrens beteiligt, weil an sechs Schulen (Schule Ochsenwerder, Stadtteilschule Kirchwerder, Schule An der Twiete, Schule Fünfhausen, Stadtteilschule Bergedorf, Schule Altengamme) Erweiterungen, Umbauten, Sanierungen durchgeführt und/oder Container aufgestellt werden sollen. Im Sportbereich konnte eine Sitzplatztribüne am Gramkowweg und eine Flutlichtanlagen am Mittleren Landweg genehmigt werden. Weiterhin wurden zwei Flächen (Sandwisch, Curslacker Neuer Deich) durch die Nutzung des Bestandsgebäudes aber auch durch die Aufstellung von Containeranlagen für die Unterbringung von Flüchtlingen zugelassen. Und immer mehr Wohngruppen für junge Erwachsene entstehen in Bergedorf.

Dynamik entfalten

Auf den bereits bebauten Gewerbegrundstücken werden weiterhin Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen vorgenommen, um die Betriebe an veränderte Betriebsnotwendigkeiten anzupassen. Es konnten Genehmigungen für Neuansiedlungen für einen Wärmedämmverputzbetrieb (Gewerbegebiet Brookkehre), einen Lagerbetrieb für Filterprodukte (Gewerbegebiet Allermöhe) und ein Küchenstudio (Ochsenwerder) erteilt werden. Erweiterungen konnten für einen Lager- und Montagebetrieb, einen Logistikbetrieb, einen Betrieb zur Erzeugung von Kälteanlagen (Gewerbegebiet Allermöhe), den Energiecampus (Schleusengraben) und einen Steinmetzbetrieb (Kirchwerder) erteilt werden. Damit bleibt Bergedorf weiter ein attraktiver Gewerbestandort. Für die Sternwarte Bergedorf wurde der Neubau einer Teleskopkuppel genehmigt.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Wohnbauvorhaben	370	274	295
Anzahl genehmigter Wohnungen	622	469	626
Gewerbliche Bauvorhaben	275	198	221
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren	1316*	1005	888
Eingaben und Anfragen (neu)			124



Anzahl der Owi-Verfahren		4	3	0
Einnahmen in €	Soll	753.267	707.075	1.384.157
	Ist	760.396	665.365	1.218.544

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben

Kundenservice und Verwaltung

Kundenservice

Der Kundenservice ist die erste Anlaufstelle für jeden Besucher des WBZ. Die telefonische Erreichbarkeit des Kundenservice lag bei durchschnittlich 54%.

Die Anzahl der persönlichen Vorsprachen ist in 2013 im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich gestiegen. Dabei ist hervorzuheben, dass die Zahl der persönlichen Vorsprachen im Bereich der Akteneinsichten und dem Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster deutlich gestiegen sind, was ein Abbild der verstärkten Wohnungsbautätigkeit im Bezirk sein könnte.

Die hohe Zahl von Sondernutzungsanträgen ist mit den Wahlen im Jahr 2013 zu erklären. Damit verbunden ist erfahrungsgemäß eine erhöhte Zahl von Anträgen auf Infostände und Werbeträger im öffentlichen Raum.

Auch im Jahr 2013 fanden wieder diverse Veranstaltungen statt, die eine besondere Herausforderung dargestellt haben, da hier ein besonderer Abstimmungsaufwand erforderlich gewesen ist, beispielhaft die NDR-Sommertour und der Triathlon am Eichbaumsee.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt	11.241	8.864	10.718
davon			
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	3.717	3.188	3.816
Akteneinsicht / -ausleihe	525	479	640
Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen*	1.565	1.077	1.692
Aufgrabescheine	1.464	937	1.622
Hundeanmeldungen	387	289	297
Verlängerung der Fischereierlaubnis	561	291	401
Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster (seit 01.08.2009)	215	198	395
Sonstige Anliegen	3.066	2.331	3.244



Terminvergaben für das Back-Office	1.118	804	1.293
Telefonkunden	8.318	----**	11.396
Durchschnittliche Wartezeit	1,3 Min	1,8Min.	0.25Min.
Durchschnittliche Bearbeitungszeit (ab 2010 erhoben)	9,2 Min	10,1Min.	9,96Min.

*Anzahl der Gesamtfälle

** keine Erhebung in 2012

Verwaltung

Mit seinen vielfältigen Querschnittsaufgaben verbindet der Verwaltungsabschnitt alle Abteilungen des WBZ und versteht sich somit als interner Dienstleister des Hauses.

Aufgrund der weiterhin angespannten Wohnungsmarktlage sind die Aufgaben im Bereich des Wohnraumschutzes erneut angestiegen. Die Gesetzesänderung im Juli 2013 hat zudem eine deutliche Intensivierung in der Sachbearbeitung, u.a. im Zusammenhang mit eingehenden Leerstandsmeldungen zur Folge. Zu diesem Thema sind diverse parlamentarische Anfragen aus der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung zu beantworten gewesen. Dadurch ist der Aufwand für Dokumentationen erneut gestiegen.

Darüber hinaus wirkte der Abschnitt im Rahmen der Federführung an den bezirkübergreifenden Projekten, wie z.B. der Umsetzung des Digitalen Bauamtes sowie der hamburgweiten Kehrbezirksvergabe oder auch der Umsetzung von gesetzlichen Änderungen im Schornsteinfegerwesen in das Fachprogramm BaCom, mit. Weiter erfolgte die beratende Teilnahme an der hamburgweiten Arbeitsgruppe „BACom- Anbindung zur SAP-Schnittstelle“

Außerdem wurden 2013 Prozesse der Arbeitsoptimierung durch abschnittsinterne Maßnahmen weitergeführt. Die Abarbeitung von Friedhofsangelegenheiten mit dem digitalen Friedhofsprogramm lief 2013 noch nicht effizient genug. Es bestehen weiterhin Rückstände.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Friedhof			
Bestattungen gesamt	708	663	641
Erdbestattungen	271	257	227
Urnenbestattungen	437	406	414



Umwelt

Die Abteilung Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen des naturschutzfachlichen Bundes- und Landesrechts, insbesondere der Hamburgischen Baumschutzverordnung und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Sie überwacht drei der Naturschutzgebiete im Bezirk (Kirchwerder Wiesen, Kiebitzbrack, Zollenspieker), setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen.

Die Abteilung Umwelt ist weiterhin zuständig für die vielfältigen Aufgaben im Bereich des Wasserrechtes. Sie trägt einerseits dafür Sorge, dass das Entwässerungssystem der Vier- und Marschlande funktionstüchtig bleibt bzw. Problemstellen wieder ordnungsgemäß hergerichtet werden. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf zudem umfassende Zuständigkeiten an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht. Mit fast 12 km² Wasserfläche ist Bergedorf der wasserreichste Bezirk außerhalb des Hafens. Die reine Wasserfläche setzt sich zusammen aus 19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300km sonstige Gräben. Insgesamt befinden sich etwa 3.000.000 lfd. Meter Gewässerstrecke im Zuständigkeitsbereich der Wasserbehörde.

Durch die Umsetzung des § 73 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG), wonach die durch Binnenhochwasser betroffenen Gewässerabschnitte neu zu ermitteln und als neue Überschwemmungsgebiete (ÜSG) festzusetzen sind, hat diese Thematik in 2013 verstärkte Abstimmungsprozesse ausgelöst. Im Bezirk Bergedorf werden entsprechende Gebiete an der Gose-Elbe, Dove-Elbe und Brookwetterung mit der vorläufigen Sicherung hinzukommen. Durch Ausweitung der ÜSGs auf mehr als die bisherigen Gewässer ist auch der Aufgabenbereich bei dieser Thematik umfangreicher geworden. Es werden zur Prüfung einer Ausnahmegenehmigung umfassende und aufwendige Nachweise vom Gesetzgeber gefordert, die die Wasserbehörden der Bezirke dann zu prüfen und zu beurteilen haben.

Auch außergewöhnliche Aufgaben befinden sich im Spektrum der Wasserbehörde. So hat ein herrenloses Hausboot, das in Bergedorfer Gewässern zu sinken drohte, eine Kette zeitintensiver Arbeitsschritte nach sich gezogen. Angefangen bei der Ermittlung des Eigentümers, über das Erstellen von mehreren Anordnungen zum Entfernen des Hausbootes aus bezirklichen Gewässern, bis hin zur Ankündigung und Durchführung einer Ersatzvornahme in Form einer Abwrackung und Entsorgung des schwimmenden Hauses.

Als wasserrechtliche Planfeststellungsbehörde wurden im Jahre 2013 die Verfahren zur Renaturierung der Oberen Bille nach WRRL, als auch die Grabenverlegung zur Sicherung des neuen Standortes der freiwilligen Feuerwehr Kirchwerder von der Wasserbehörde durchgeführt.

Garten Hamburgs

Im vergangenen Jahr wurden 359 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In gut 36 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken. Die Überprüfung der tatsächlichen Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist auch in diesem Jahr fortgesetzt worden.

Für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 67 BNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind.



Im Rahmen des StadtNatur-Aktionstages des Naturschutzbundes hat das Bezirksamt Bergedorf 2013, zum Schutz und der Förderung von Spatzen, 6 Spatzenhäuser mit jeweils 3 Wohneinheiten hinter dem Bergedorfer Rathaus angebracht, eine Sandbadestelle errichtet und einen öffentlichen Aktionstag durchgeführt.

Kennzahlen	2011	2012	2013
Naturschutz:			
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen)	374 (90)	351 (89)	359 (131)
Ausnahmen und Befreiungen, Sonstiges in NSG	24	13	12
Ersatz und Ausgleich prüfen	53	49	67
Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)	177 (60)	139 (38)	167 (37)
Gesamt	254	201	246
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	24	13	11
Anzahl der Widersprüche	2	2	1
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	0	2	0
Einnahmen Soll	30.571,30	48.531,10	36.094,25
Ist	29.745,30	48.692,35	36.397,25
Wasserrecht:			
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren gesamt	652	797	839
Anzahl Widerspruchsverfahren	1	5	5
davon erfolgreiche Widersprüche in %	0	0	0
Anzahl OWI-Verfahren	0	0	0
Genehmigungen	111	117	122
Erlaubnisse	448	495	597
davon in konzentrierenden Verfahren	9	24	16



Planverfahren		2	2
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen	47	53	39
Versagungen, Widerrufe	3	6	7
Beanstandungen/Anordnungen u.ä.	15	106	43
Schäden am Gewässer	28	18	29
Einnahmen Soll	121.454,37	156.648,89	113.184,34
Ist	124.722,25	155.472,91	113.463,31